Europäisches Parlament
2024–2029

Ausschuss für Wirtschaft und Währung

2024/2051(INI)

1.4.2025

STELLUNGNAHME

des Ausschusses für Wirtschaft und Währung

für den Haushaltsausschuss

über einen neu gestalteten langfristigen Haushalt für die Union in einer Welt im Wandel
(2024/2051(INI))

Verfasser der Stellungnahme: Damian Boeselager

PA_NonLeg

ÄNDERUNGSANTRÄGE

Der Ausschuss für Wirtschaft und Währung unterbreitet dem federführenden Haushaltsausschuss folgende Änderungen:

Änderungsantrag 1

Entschließungsantrag
Bezugsvermerk -1 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	– unter Hinweis auf die Mitteilung der Kommission vom 10. Februar 2025 mit dem Titel „Der Deal für eine saubere Industrie: Ein gemeinsamer Fahrplan für Wettbewerbsfähigkeit und Dekarbonisierung“(COM(2025)0085),

Änderungsantrag 2

Entschließungsantrag
Bezugsvermerk 12 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	– unter Hinweis auf die Mitteilung der Kommission vom 11. Dezember 2019 mit dem Titel „Der europäische Grüne Deal“ (COM(2019)0640) ***und das am 12.*** Dezember 2015 auf der UN-Klimakonferenz angenommene Übereinkommen von Paris,

Änderungsantrag 3

Entschließungsantrag
Bezugsvermerk 12 b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	– unter Hinweis auf die am 20. Februar 2024 unterzeichnete Erklärung von Antwerpen für einen europäischen Industriedeal,

Änderungsantrag 4

Entschließungsantrag
Bezugsvermerk 18 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	– unter Hinweis auf die Mitteilung der Kommission vom 29. Januar 2025 mit dem Titel „Ein Kompass für eine wettbewerbsfähige EU“ (COM(2025)0030),

Änderungsantrag 5

Entschließungsantrag
Bezugsvermerk 19 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	– unter Hinweis auf das Entlastungsverfahren und die Feststellungen des Europäischen Rechnungshofs in seinen Jahresberichten über die Ausführung des EU-Haushaltsplans,

Änderungsantrag 6

Entschließungsantrag
Bezugsvermerk 19 b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	– unter Hinweis auf die Schlussfolgerungen des Europäischen Rates vom 6. März 2025 zur europäischen Verteidigung,

Änderungsantrag 7

Entschließungsantrag
Erwägung A a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	Aa. in der Erwägung, dass der

	Binnenmarkt in Artikel 3 Absatz 3 des Vertrags über die Europäische Union als wettbewerbsfähige soziale Marktwirtschaft definiert wird;

Änderungsantrag 8

Entschließungsantrag
Erwägung B a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	Ba. in der Erwägung, dass das Wachstum in Europa hinter anderen Regionen der Welt zurückgeblieben ist; in der Erwägung, dass sich die Lücke zwischen dem Bruttoinlandsprodukt (BIP) der Vereinigten Staaten und dem der EU von 17 % im Jahr 2002 auf 30 % im Jahr 2023 vergrößert hat;

Änderungsantrag 9

Entschließungsantrag
Erwägung C

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
C. in der Erwägung, dass die Ausgaben aus dem Unionshaushalt, wenn sie wirksam eingesetzt werden, mit den politischen Prioritäten der Union in Einklang stehen und mit den Ausgaben auf nationaler Ebene koordiniert werden, dazu beitragen, eine Fragmentierung des Binnenmarkts zu vermeiden und die Gesamtwirkung öffentlicher Investitionen zu verstärken; in der Erwägung, dass öffentliche Investitionen ***unerlässlich sind, um*** Anreize für private Investitionen zu schaffen;	C. in der Erwägung, dass die Ausgaben aus dem Unionshaushalt, wenn sie wirksam eingesetzt werden, mit den politischen Prioritäten der Union in Einklang stehen und mit den Ausgaben auf nationaler Ebene koordiniert werden, dazu beitragen, eine Fragmentierung des Binnenmarkts zu vermeiden und die Gesamtwirkung öffentlicher Investitionen zu verstärken; in der Erwägung, dass öffentliche Investitionen***, wenn sie effizient und gezielt eingesetzt werden, als Katalysator für*** Anreize für private Investitionen dienen und ***Investitionslücken schließen sollten, damit die Union ihre Führungsposition zurückerlangen kann***;

Änderungsantrag 10

Entschließungsantrag
Erwägung C a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	Ca. in der Erwägung, dass die Erschließung privater Investitionen in der Union nach wie vor eine Priorität darstellt; in der Erwägung, dass die Vollendung der Spar- und Investitionsunion von entscheidender Bedeutung ist, um private Investitionen zu mobilisieren und insbesondere Kleinanlegern den Marktzugang zu erleichtern, die Fragmentierung des Binnenmarktes anzugehen, den Zugang zu Beteiligungsfinanzierung für europäische Unternehmen zu verbessern und die Industriestrategie der EU zu unterstützen;

Änderungsantrag 11

Entschließungsantrag
Erwägung D

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
D. in der Erwägung, dass das Aufbauinstrument NextGenerationEU (NGEU), das infolge der COVID-19-Pandemie eingerichtet wurde, ***erhebliche*** zusätzliche ***Investitionskapazitäten in Höhe von 750 Mrd. EUR zu Preisen von 2018*** ermöglicht hat, was zu einer raschen Erholung und einer Rückkehr zum Wachstum geführt und den ökologischen und digitalen Wandel unterstützt hat; in der Erwägung, dass NextGenerationEU nach 2027 nicht mehr in Kraft sein wird;	D. in der Erwägung, dass das Aufbauinstrument NextGenerationEU (NGEU) ***mit einer einmaligen Investitionskapazität in Höhe von 750 Mrd. EUR zu Preisen von 2018***, das infolge der COVID-19-Pandemie eingerichtet wurde, zusätzliche ***Investitionen und Reformen*** ermöglicht hat, was zu einer raschen Erholung und einer Rückkehr zum Wachstum geführt und den ökologischen und digitalen Wandel unterstützt hat; in der Erwägung, dass NextGenerationEU nach 2027 nicht mehr in Kraft sein wird; ***in der Erwägung, dass die Rückzahlung der NGEU-Schulden ab 2028 beginnen muss;***

Änderungsantrag 12

Entschließungsantrag

Erwägung D a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	Da. in der Erwägung, dass die Aufbau- und Resilienzfazilität (ARF) eine Rolle bei der Ankurbelung von Investitionen in der gesamten EU spielt und die kontraktiven Auswirkungen durch die Aufrechterhaltung eines hohen Niveaus öffentlicher Investitionen abmildert; in der Erwägung, dass es sich bei der Aufbau- und Resilienzfazilität um ein zeitlich begrenztes Instrument handelt, das 2026 ausläuft; in der Erwägung, dass eine zeitnahe Debatte erforderlich ist, um ein angemessenes Niveau öffentlicher Investitionen über 2026 hinaus sicherzustellen, um gemeinsame EU-Prioritäten angemessen zu finanzieren und für weitere Reformen zu sorgen;

Änderungsantrag 13

Entschließungsantrag
Erwägung E

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
E. in der Erwägung, dass der ***durch NextGenerationEU gestärkte*** Unionshaushalt maßgeblich dazu beigetragen hat, die wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen der COVID-19-Krise abzumildern und auf die Auswirkungen des Angriffskriegs Russlands gegen die Ukraine zu reagieren; in der Erwägung, dass der Haushalt der Union hinsichtlich Größe, Struktur und Vorschriften nach wie vor unzureichend ausgestattet ist, um seiner Rolle bei der Anpassung an den sich wandelnden ***Ausgabenbedarf***, der Bewältigung von Schocks, der Reaktion auf Krisen ***und*** der praktischen Anwendung des Grundsatzes der Solidarität in vollem Umfang gerecht zu werden;	E. in der Erwägung, dass der Unionshaushalt ***und NextGenerationEU*** maßgeblich dazu beigetragen haben, die wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen der COVID-19-Krise abzumildern und auf die Auswirkungen des Angriffskriegs Russlands gegen die Ukraine zu reagieren; in der Erwägung, dass der Haushalt der Union hinsichtlich Größe, Struktur und Vorschriften nach wie vor unzureichend ausgestattet ist, um seiner Rolle bei der Anpassung an den sich wandelnden ***Reform- und Investitionsbedarf***, der Bewältigung von Schocks, der Reaktion auf Krisen, der praktischen Anwendung des Grundsatzes der Solidarität ***sowie insbesondere bei der Bewältigung wachsender Bedrohungen für die Sicherheit Europas und der Erfüllung der rasch zunehmenden***

	Verpflichtungen im Bereich der Verteidigung in vollem Umfang gerecht zu werden;

Änderungsantrag 14

Entschließungsantrag
Erwägung E a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	Ea. in der Erwägung, dass der EU-Haushalt in einer sich rasch wandelnden europäischen Sicherheitslandschaft die Verteidigung als Investitionsschwerpunkt behandeln muss, der den von der EU erbrachten Mehrwert sichtbar macht und der die Mitgliedstaaten bei der wirksamen Erfüllung ihrer gegenseitigen Verteidigungsverpflichtungen gemäß Artikel 42 Absatz 7 des Vertrags über die Europäische Union uneingeschränkt unterstützt;

Änderungsantrag 15

Entschließungsantrag
Erwägung F

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
F. in der Erwägung, dass sich der politische, wirtschaftliche und soziale Kontext seit der Annahme des mehrjährigen Finanzrahmens (MFR) gravierend verändert hat, wodurch sich die zugrunde liegenden strukturellen Herausforderungen für die Union verschärft haben, was zu einer grundlegenden Überarbeitung des MFR im Jahr 2024 geführt hat;	F. in der Erwägung, dass ***seit der Annahme des mehrjährigen Finanzrahmens (MFR) angesichts einer Reihe von Krisen wie der COVID-19-Pandemie und des Krieges Russlands in der Ukraine deutlich geworden ist, dass Flexibilität erforderlich ist, um schwerwiegende sozioökonomische Herausforderungen zu bewältigen; in der Erwägung, dass berücksichtigt werden muss, dass*** sich der politische, ***ökologische,*** wirtschaftliche und soziale Kontext seit der Annahme des mehrjährigen Finanzrahmens (MFR) gravierend verändert hat, wodurch sich die zugrunde liegenden strukturellen Herausforderungen für die Union

verschärft haben, was zu einer grundlegenden Überarbeitung des MFR im Jahr 2024 geführt hat;

Änderungsantrag 16

Entschließungsantrag
Erwägung G

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
G. in der Erwägung, dass der Kontext, in dem die Kommission ihre Vorschläge für den MFR nach 2027 ausarbeiten wird, in jedem Fall eine Herausforderung darstellt, da sich die bestehende globale und geopolitische Ordnung rasch und radikal verändert und der Unionshaushalt entsprechend angepasst werden muss;	G. in der Erwägung, dass der Kontext, in dem die Kommission ihre Vorschläge für den MFR nach 2027 ausarbeiten wird, in jedem Fall eine Herausforderung darstellt, da sich die bestehende globale und geopolitische Ordnung rasch und radikal verändert***, die Nachhaltigkeit unseres Planeten weiterhin ein zentrales Anliegen ist, die EU – wie im Draghi-Bericht hervorgehoben wird – mit einem steigenden jährlichen Finanzierungsbedarf konfrontiert ist,*** und der Unionshaushalt entsprechend angepasst werden muss;

Änderungsantrag 17

Entschließungsantrag
Erwägung H a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	Ha. in der Erwägung, dass sich die Union und ihre Mitgliedstaaten mit der Erklärung von Budapest vom 8. Oktober 2024 zum neuen Deal für die europäische Wettbewerbsfähigkeit dem Ziel verpflichtet haben, bis 2030 mindestens 3 % des BIP der Union für Forschung und Entwicklung auszugeben, das erstmals 2010 im Rahmen der Lissabon-Strategie festgelegt wurde;

Änderungsantrag 18

Entschließungsantrag

Erwägung H b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	Hb. in der Erwägung, dass der Rechnungshof in seinem Bericht 2024 zu dem Schluss kam, dass die Fehlerquote bei den EU-Ausgaben auf 5,6 % des Gesamthaushalts gestiegen ist;

Änderungsantrag 19

Entschließungsantrag
Erwägung H c (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	Hc. in der Erwägung, dass der EU-Haushalt den in Artikel 3 Absatz 3 des Vertrags über die Europäische Union verankerten sozioökonomischen Zielen der Union entsprechen muss;

Änderungsantrag 20

Entschließungsantrag
Erwägung H d (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	Hd. in der Erwägung, dass im Letta-Bericht ein Mechanismus für staatliche Beihilfen vorgeschlagen wurde;

Änderungsantrag 21

Entschließungsantrag
Erwägung H e (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	He. in der Erwägung, dass das Wohlergehen von Familien und Einzelpersonen als zentrales Leitprinzip in allen Aspekten des Unionshaushalts beibehalten werden sollte;

Änderungsantrag 22

Entschließungsantrag
Erwägung H f (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	Hf. in der Erwägung, dass das Kommissionsmitglied Valdis Dombrovskis mit dem Ziel, Anliegen des Wohlergehens und der Nachhaltigkeit besser zu integrieren, mit der Umsetzung der Überprüfung des Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen beauftragt ist;

Änderungsantrag 23

Entschließungsantrag
Ziffer 1

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
1. hebt hervor, dass der langfristige Haushaltsplan für die Zeit nach 2027 so konzipiert und mit Mitteln ausgestattet sein muss, dass die Union in der Lage ist, ihre politischen Ziele zu verwirklichen, die wachsenden Herausforderungen, vor denen sie steht, zu bewältigen, ihre Schulden nachhaltig zu verwalten und zu tilgen, auf Schocks und Krisen zu reagieren und sich an einen sich wandelnden Ausgabenbedarf anzupassen;	1. hebt hervor, dass der langfristige Haushaltsplan für die Zeit nach 2027 so konzipiert und mit Mitteln ausgestattet sein muss, dass die Union in der Lage ist, ***angemessen zu investieren, Anreize für öffentliche Investitionen zu schaffen und*** ihre politischen Ziele zu verwirklichen, ***ihre Wettbewerbsfähigkeit auf internationaler Ebene zu stärken,*** die wachsenden Herausforderungen, vor denen sie steht, zu bewältigen, ihre Schulden nachhaltig zu verwalten und zu tilgen, auf Schocks und Krisen zu reagieren und sich an einen sich wandelnden Ausgabenbedarf anzupassen; ***weist darauf hin, dass sich der MFR und die Aufbau- und Resilienzfazilität für den laufenden Zeitraum auf fast 2 Billionen EUR belaufen und dass die Wirkung der EU-Ausgaben durch eine hohe Inflation geschmälert wurde; fordert, dass der Umfang des Haushalts für die Zeit nach 2027 ausreicht, um die im Draghi-Bericht festgestellte erhebliche Investitionslücke zu schließen;***

Änderungsantrag 24

Entschließungsantrag
Ziffer 2

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
2. betont, dass alle Ausgaben im MFR für die Zeit nach 2027 strategisch auf die politischen Ziele der EU ausgerichtet sein müssen, indem sie einen greifbaren Mehrwert für die Menschen in der Union mit einem erkennbaren Nettonutzen im Vergleich zu Ausgaben auf nationaler oder subnationaler Ebene schaffen und zu realen und nachhaltigen Ergebnissen führen;	2. betont, dass alle Ausgaben im MFR für die Zeit nach 2027 strategisch auf die politischen Ziele der EU ***– neue nachhaltige Wettbewerbsfähigkeit und Widerstandsfähigkeit –*** ausgerichtet sein müssen, indem sie einen greifbaren Mehrwert für die Menschen in der Union mit einem erkennbaren Nettonutzen im Vergleich zu Ausgaben auf nationaler oder subnationaler Ebene schaffen und zu realen und nachhaltigen Ergebnissen führen; ***fordert insbesondere, dass der Finanzierung gemeinsamer europäischer öffentlicher Güter in den Politikbereichen Vorrang eingeräumt wird, in denen die Bereitstellung öffentlicher Mittel auf EU-Ebene aufgrund von Größenvorteilen effizienter ist, wodurch Einsparungen für die EU-Steuerzahler erzielt werden;***

Änderungsantrag 25

Entschließungsantrag
Ziffer 3

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
3. hebt hervor, dass der MFR für die Zeit nach 2027 zudem einfacher und transparenter konzipiert und vor Missbrauch, Betrug und Verstößen gegen die Grundsätze der Rechtsstaatlichkeit und gegen die Werte der Union geschützt werden muss;	3. hebt hervor, dass der MFR für die Zeit nach 2027 zudem einfacher und transparenter konzipiert und vor Missbrauch, Betrug und Verstößen gegen die Grundsätze der Rechtsstaatlichkeit und gegen die Werte der Union geschützt werden muss***, im Einklang mit den Empfehlungen, die der Europäische Rechnungshof in seinen aufeinanderfolgenden Berichten abgegeben hat***;

Änderungsantrag 26

Entschließungsantrag
Ziffer 3 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	3a. betont, wie wichtig es ist, im nächsten MFR das Subsidiaritätsprinzip zu wahren; fordert, dass die Politikbereiche, in denen öffentliche Ausgaben auf nationaler und subnationaler Ebene effizienter sind, sondiert werden;

Änderungsantrag 27

Entschließungsantrag
Ziffer 4

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
4. betont, dass ein einfacherer und flexiblerer MFR eine stärkere parlamentarische Rechenschaftspflicht erfordert;	4. betont, dass ein einfacherer und flexiblerer MFR ***eine ausreichende Transparenz und*** eine stärkere parlamentarische Rechenschaftspflicht erfordert; ***betont, dass bei jedem künftigen Haushaltsplan die Rolle des Parlaments als Haushaltsbehörde und seine in den Verträgen festgelegten Mitentscheidungsrechte in Bezug auf die Gestaltung, Kontrolle, Mittelzuweisung und Bewertung des Haushaltsplans uneingeschränkt geachtet werden müssen; stellt in diesem Zusammenhang fest, dass die nationalen Parlamente ermächtigt sein sollten, ihrer Aufsichtsfunktion nachzukommen und ihre Rechte auszuüben, indem sie die Exekutive zur Rechenschaft ziehen, wenn diese Verpflichtungen gegenüber der EU eingeht; betont ferner, dass die parlamentarische Kontrolle über das Verfahren des Europäischen Semesters im Einklang mit den Bestimmungen der Verträge verstärkt werden muss;***

Änderungsantrag 28

Entschließungsantrag

Ziffer 4 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	4a. erinnert daran, dass die Unionsbürgerinnen und -bürger darauf zählen können müssen, dass diejenigen, die den EU-Haushalt ausführen, sie darüber informieren, wie die Mittel ausgegeben und welche Ziele verwirklicht wurden; weist darauf hin, dass Transparenz unabdingbar ist, um sich das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger zu bewahren, und dass Betrug und missbräuchliche Nutzung von Geldern diesem Vertrauen äußerst abträglich sind; fordert die Kommission auf, für alle Finanzierungsinstrumente, die im MFR nach 2027 genutzt werden sollen, solide Betrugsbekämpfungsverfahren zu schaffen, um den Schutz des EU-Haushalts sicherzustellen;

Änderungsantrag 29

Entschließungsantrag
Ziffer 6

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
6. ist davon überzeugt, dass die Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit, die Dekarbonisierung der Wirtschaft und die Stärkung der Innovationskapazität der Union zentrale Prioritäten für den MFR nach 2027 und von entscheidender Bedeutung sind, um ein langfristiges, nachhaltiges und integratives Wachstum und eine widerstandsfähigere Wirtschaft und Gesellschaft sicherzustellen;	6. ist davon überzeugt, dass die Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit, die Dekarbonisierung der Wirtschaft***,*** die Stärkung unserer ***Sicherheit und Verteidigung, die Stärkung des territorialen, regionalen und sozialen Zusammenhalts, die Stärkung*** der Innovationskapazität der Union ***und die Digitalisierung*** zentrale Prioritäten für den MFR nach 2027 und von entscheidender Bedeutung sind, um ein langfristiges, nachhaltiges***, grünes*** und integratives Wachstum und eine widerstandsfähigere Wirtschaft und Gesellschaft sicherzustellen; ***weist jedoch darauf hin, dass diese Prioritäten nicht allein durch zusätzliche Ausgaben erreicht werden können;***

Änderungsantrag 30

Entschließungsantrag
Ziffer 7

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
7. betont, dass die europäische ***Wirtschaft*** und ***das europäische*** Sozialmodell, wie in den Berichten von Letta und Draghi dargelegt, stark unter Druck ***stehen***, wobei sich die Schwächen bei Produktivität und Wettbewerbsfähigkeit sowie die Qualifikationsdefizite auf die Qualität der Arbeitsplätze und den Lebensstandard der Europäerinnen und Europäer auswirken, die bereits mit hohen Preisen für Wohnraum, Energie und Lebensmittel zu kämpfen haben; ist besorgt, dass fehlende ***Beschäftigungsmöglichkeiten und*** hohe Lebenshaltungskosten die Gefahr der Abwanderung hoch qualifizierter Arbeitskräfte aus Europa erhöhen;	7. betont, dass ***das*** europäische ***Wirtschafts-*** und Sozialmodell, ***das auf dem Grundsatz einer sozialen Marktwirtschaft beruht,*** wie in den Berichten von Letta und Draghi dargelegt, stark unter Druck ***steht***, wobei sich die Schwächen bei Produktivität und Wettbewerbsfähigkeit sowie die Qualifikationsdefizite auf ***die Stärke unserer Wirtschaft,*** die Qualität der Arbeitsplätze, den wirtschaftlichen und sozialen Wohlstand und den Lebensstandard der Europäerinnen und Europäer auswirken, die bereits mit hohen Preisen für Wohnraum, Energie und Lebensmittel zu kämpfen haben; ist besorgt, dass fehlende ***Möglichkeiten zur Gründung neuer Unternehmen und zur Schaffung neuer Arbeitsplätze sowie durch*** hohe Lebenshaltungskosten ***und eine sinkende Qualität und Zugänglichkeit der Bereitstellung von Diensten von allgemeinem Interesse*** die Gefahr der Abwanderung hoch qualifizierter Arbeitskräfte aus Europa erhöhen; ***betont darüber hinaus, dass die Gefahr der Deindustrialisierung diese Herausforderungen verschärft und sich nachteilig auf die Arbeitnehmer auswirkt;***

Änderungsantrag 31

Entschließungsantrag
Ziffer 7 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	7a. weist darauf hin, dass im Einklang mit den Empfehlungen im Letta- und im Draghi-Bericht alle Kommissionsmitglieder in ihren Mandatsschreiben damit beauftragt

	wurden, dafür Sorge zu tragen, dass die bestehenden Vorschriften zweckmäßig sind, und sich auf den Abbau von Verwaltungshemmnissen, die Verringerung des Verwaltungsaufwands und die Vereinfachung der Rechtsvorschriften zu konzentrieren; fordert die Kommission auf, dafür zu sorgen, dass ohne eine gründliche Folgenabschätzung und Prüfung der Wettbewerbsfähigkeit kein Legislativvorschlag vorgelegt werden sollte;

Änderungsantrag 32

Entschließungsantrag
Ziffer 8

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
8. weist darauf hin, dass Draghi die jährliche Investitionslücke bei Innovation und Infrastruktur zwischen 2025 und 2030 auf 750 bis 800 Mrd. EUR pro Jahr beziffert; unterstreicht, dass der Haushalt der Union ***dieses Defizit zwar nicht allein decken kann, aber eine entscheidende Rolle spielen muss***;	8. weist darauf hin, dass Draghi die jährliche Lücke bei ***privaten und öffentlichen*** Investitionen im Bereich Innovation und Infrastruktur zwischen 2025 und 2030 auf 750 bis 800 Mrd. EUR pro Jahr beziffert; unterstreicht, dass der Haushalt der Union ***eine entscheidende Rolle bei der Deckung dieses Defizits spielen muss***; ***fordert die Kommission in diesem Zusammenhang auf, ein Ziel für die Finanzierung festzulegen, die Start-up-Unternehmen und KMU zugewiesen werden sollte; erinnert daran, dass die neue Kommission sich selbst das Ziel gesetzt hat, eine „Kommission der Investitionen“ zu sein und die für den ökologischen, digitalen und sozialen Wandel erforderliche öffentliche und private Finanzierung freizusetzen; erinnert ferner daran, dass der Haushalt besser genutzt werden sollte, um europäische Ziele zu verfolgen und die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Wirtschaft zu steigern; erkennt Draghis Einschätzung an, dass ein Großteil der produktiven Investitionen vom Privatsektor getätigt werden wird, und weist darauf hin, dass der Unionshaushalt***

	Instrumente zur Risikominderung und zur Mobilisierung privater Investitionen enthält;

Änderungsantrag 33

Entschließungsantrag
Ziffer 8 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	***8a. betont, dass ein modernisierter Haushalt erforderlich ist, um die Zukunft der strategischen Autonomie Europas zu stärken; nimmt die Ankündigung der Kommission zur Kenntnis, einen Europäischen Fonds für Wettbewerbsfähigkeit einzurichten, um Schlüsselsektoren finanziell zu unterstützen, damit sie ihren Investitionsbedarf im Rahmen des Koordinierungsinstruments für Wettbewerbsfähigkeit decken können; erinnert daran, dass der Europäische Fonds für Wettbewerbsfähigkeit auch die Integrität des Binnenmarktes fördern sollte; betont, dass Investitionen mit europäischem Mehrwert, wie grenzüberschreitende Projekte und wichtige Vorhaben von gemeinsamem europäischen Interesse, Vorrang haben müssen; betont, dass Investitionen in saubere und strategische Technologien und die Unterstützung wichtiger Vorhaben von gemeinsamem europäischen Interesse zwar von wesentlicher Bedeutung sind, dass Maßnahmen zur wirksamen Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit Europas jedoch einen umfassenden Ansatz erfordern, der auch gezielte Maßnahmen zur Überbrückung der Qualifikationslücke durch Bildung, (Re-)Qualifizierung und Ausbildung umfasst, um sicherzustellen, dass die Arbeitskräfte in der EU anpassungsfähig und zukunftsfähig bleiben; betont, dass der Fonds, damit er eine echte Wirkung entfalten kann, durch „frisches Geld“ unterstützt werden muss,**

anstatt sich ausschließlich auf die Umschichtung bestehender Mittel zu stützen;

Änderungsantrag 34

Entschließungsantrag
Ziffer 8 b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	8b. betont, dass der Haushalt der Union auf gemeinsam vereinbarte strategische Ziele und Vorgaben ausgerichtet sein sollte, wobei die Haushaltsstruktur gestrafft werden sollte, um eine ausreichende Größenordnung und Unterstützung für strategische Ziele zu erreichen, und der Zugang zu den Begünstigten vereinfacht werden sollte, und betont außerdem, dass die Schaffung einer Spar- und Investitionsunion von entscheidender Bedeutung sein wird, um eine effizientere öffentliche Finanzierung zu ergänzen;

Änderungsantrag 35

Entschließungsantrag
Ziffer 9

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
9. betont, dass der Haushalt der Union sorgfältig mit den nationalen Ausgaben koordiniert und so gestaltet werden muss, dass ***Risiken verringert, private*** Investitionen wirksam mobilisiert und Hebelwirkungen erzielt werden, sodass Start-up-Unternehmen und KMU der Zugang zu Finanzmitteln erleichtert wird; fordert daher, dass Programme wie InvestEU, die die Zusätzlichkeit gewährleisten und einen marktorientierten, nachfragegesteuerten Ansatz verfolgen, im nächsten MFR deutlich gestärkt werden; ist der Ansicht, dass Haushaltsgarantien einen effizienten Mitteleinsatz darstellen, und	9. betont, dass der Haushalt der Union sorgfältig mit den nationalen Ausgaben koordiniert und so gestaltet werden muss, dass ***er Elemente zur Risikominderung, wirksamen Mobilisierung privater*** Investitionen und ***Erzielung von*** Hebelwirkungen enthält, ***wobei faire Chancen für alle Mitgliedstaaten, insbesondere für kleinere Volkswirtschaften, sichergestellt werden müssen,*** sodass Kapital angezogen, nachhaltiges Wachstum gefördert, und Start-up-Unternehmen, Scale-ups und KMU der Zugang zu Finanzmitteln erleichtert wird; ***stellt fest, dass***

fordert, dass sie vereinfacht werden;	***Finanzierungsinstrumente und Haushaltsgarantien wirksame Instrumente zur Erreichung wichtiger Ziele der EU-Politik sind;*** fordert daher, dass Programme wie InvestEU ***und der Europäische Innovationsrat***, die die Zusätzlichkeit gewährleisten und einen marktorientierten, nachfragegesteuerten Ansatz verfolgen, im nächsten MFR spürbar gestärkt werden ***und einen deutlich risikofreudigeren Ansatz verfolgen dürfen, um Innovationen wirklich zu fördern und das Risikokapital-Ökosystem in Europa aufzubauen***; ist der Ansicht, dass Haushaltsgarantien einen effizienten Mitteleinsatz darstellen ***können***, und fordert, dass sie vereinfacht ***und gestrafft*** werden, um unnötige Komplexität und Belastungen für Begünstigte und Durchführungspartner zu verringern;

Änderungsantrag 36

Entschließungsantrag
Ziffer 10

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
10. fordert mit Nachdruck, dass im nächsten MFR mehr getan wird, um das Potenzial der Rolle der EIB-Gruppe – ***zusammen mit anderen internationalen und nationalen Finanzinstituten – bei der Kreditvergabe in strategischen Politikbereichen wie dem Klimaschutz und in jüngster Zeit bei Verteidigungsprojekten mit doppeltem Zweck (zivil und militärisch)*** zu maximieren;	10. fordert mit Nachdruck, dass im nächsten MFR mehr getan wird, um das Potenzial der Rolle der ***Europäischen Investitionsbank-Gruppe (***EIB-Gruppe) zu maximieren – ***zusammen mit anderen internationalen und nationalen Finanzinstitutionen – bei der Kreditvergabe in strategischen Politikbereichen im Rahmen des EIB-Mandats***; ***fordert in diesem Zusammenhang eine verstärkte Investitionspartnerschaft, um sicherzustellen, dass jeder Euro auf europäischer Ebene so effizient wie möglich eingesetzt wird; begrüßt in diesem Zusammenhang den Start der European Tech Champions Initiative am 13. Februar 2023, die Wachstumskapital für fortgeschrittene Phasen europäischen Innovatoren bereitstellt; betont, dass die***

	derzeitige geopolitische Lage äußerst instabil ist, weshalb der Zugang der Verteidigungsindustrie zu privaten Finanzmitteln gestärkt werden muss, unter anderem über die EIB, ohne dabei den Triple-A-Status zu verlieren; betont die entscheidende Rolle der EIB, insbesondere bei der Unterstützung von Bereichen, in denen es an privaten Finanzierungen mangelt, und fordert, dass ihre Risikobereitschaft erhöht und ihre Bemühungen verstärkt werden, insbesondere im Bereich des Risikokapitals;

Änderungsantrag 37

Entschließungsantrag
Ziffer 10 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	10a. fordert die Kommission auf, den Legislativvorschlägen zur Vollendung der Spar- und Investitionsunion und der Bankenunion Vorrang einzuräumen; stellt fest, wie wichtig es ist, die Mittel für die Vermittlung von Finanzwissen in der Union aufzustocken, um sicherzustellen, dass die Unionsbürgerinnen und -bürger über das Wissen und die Fähigkeiten verfügen, die sie benötigen, um gute finanzielle Entscheidungen zu treffen;

Änderungsantrag 38

Entschließungsantrag
Ziffer 11

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
11. hebt hervor, dass die Mittel für Forschung und Innovation erheblich aufgestockt, auf die strategischen Prioritäten der Union konzentriert und weiterhin nach dem Grundsatz der Exzellenz bestimmt werden sollten; ist der Ansicht, dass im MFR und auf nationaler	11. ***betont, dass die Innovationslücke die Ursache für das sich verlangsamende Produktivitätswachstum der Union ist;*** hebt hervor, dass die Mittel für Forschung und Innovation erheblich aufgestockt, auf die strategischen Prioritäten der Union konzentriert und weiterhin nach dem

Ebene ausreichende Mittel zur Verfügung stehen sollten, um alle qualitativ hochwertigen Projekte zu finanzieren;	Grundsatz der Exzellenz bestimmt werden sollten; ist der Ansicht, dass im MFR und auf nationaler Ebene ausreichende Mittel zur Verfügung stehen sollten, um alle qualitativ hochwertigen Projekte***, einschließlich öffentlich-privater Partnerschaften,*** zu finanzieren; ***schlägt die Einrichtung einer experimentellen Einheit mit beschleunigter Finanzierung vor, um innovative Programme und Instrumente zu testen; fordert in diesem Zusammenhang, dass den Forschungs- und Entwicklungsprogrammen im Rahmen des Fonds für Wettbewerbsfähigkeit eine größere Autonomie unter verstärkter fachlicher Aufsicht eingeräumt wird;***

Änderungsantrag 39

Entschließungsantrag
Ziffer 12

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
12. betont, dass im nächsten MFR erheblich mehr Mittel für Energie, Verkehr und digitale Infrastruktur bereitgestellt werden sollten, wobei grenzüberschreitenden Verbindungen und nationalen Verbindungen mit europäischem Mehrwert Vorrang eingeräumt werden sollte; ist der Ansicht, dass eine solche Infrastruktur mit einer Vertiefung des Binnenmarkts einhergeht;	12. betont, dass ***die Mittel*** im nächsten MFR ***besser zugewiesen werden sollten und*** erheblich mehr Mittel für Energie, Verkehr, Verteidigung und digitale Infrastruktur bereitgestellt werden sollten, wobei grenzüberschreitenden Verbindungen und nationalen Verbindungen mit europäischem Mehrwert Vorrang eingeräumt werden sollte; ***fordert, dass eine feste Mittelzuweisung aus dem EU-Haushalt für grenzüberschreitende öffentliche Infrastrukturen vorgesehen wird***; ist der Ansicht, dass eine solche Infrastruktur mit einer Vertiefung des Binnenmarkts einhergeht;

Änderungsantrag 40

Entschließungsantrag
Ziffer 12 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*

	12a. betont, dass Infrastrukturinvestitionen auch der veränderten geopolitischen Lage Rechnung tragen müssen und dass daher EU-Mittel erforderlich sind, um die Bemühungen um die Stärkung der Widerstandsfähigkeit sowohl neuer als auch bestehender Infrastrukturen zu unterstützen;

Änderungsantrag 41

Entschließungsantrag
Ziffer 13

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
13. ist der Auffassung, dass die Union einen Rahmen für die Wettbewerbsfähigkeit entwickeln muss, der ihren eigenen Werten und politischen Zielen entspricht, ***und dass die Wettbewerbsfähigkeit daher so zu verstehen ist, dass sie nicht nur das Wirtschaftswachstum***, ***sondern auch den sozialen, wirtschaftlichen und territorialen Zusammenhalt sowie die ökologische Nachhaltigkeit umfasst***;	13. ist der Auffassung, dass die Union einen Rahmen für die Wettbewerbsfähigkeit entwickeln muss, der ihren eigenen Werten und politischen Zielen entspricht, ***den in Artikel 3 Absatz 3 des Vertrags über die Europäische Union festgelegten Zielen des Binnenmarktes gerecht wird und auf die nachhaltige Entwicklung Europas auf der Grundlage eines ausgewogenen Wirtschaftswachstums und von Preisstabilität, eine in hohem Maße wettbewerbsfähige soziale Marktwirtschaft, die auf Vollbeschäftigung und sozialen Fortschritt abzielt***, ***ein hohes Maß an Umweltschutz und Verbesserung der Umweltqualität sowie territorialen Zusammenhalt ausgerichtet ist; erkennt an, dass die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zwischen Ländern und Regionen für die Erreichung dieser Ziele, die Förderung von Synergien und die Gewährleistung einer ausgewogenen und nachhaltigen Entwicklung in der gesamten Union von wesentlicher Bedeutung ist***;

Änderungsantrag 42

Entschließungsantrag

Ziffer 13 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	13a. betont, dass die europäische Wirtschaft auch auf der Angebotsseite wettbewerbsfähiger und widerstandsfähiger werden muss, um mit anderen wichtigen globalen Akteuren konkurrieren zu können, indem durch eine verstärkte Industriepolitik und eine Konzentration auf strategische Wirtschaftszweige und kritische Technologien mehr in die offene strategische Autonomie der Union investiert wird, um die Abhängigkeit von Drittländern zu verringern;

Änderungsantrag 43

Entschließungsantrag
Ziffer 14

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
14. betont, dass eine wettbewerbsfähigere, produktivere und sozial integrativere Wirtschaft dazu beiträgt, hochwertige und gut bezahlte Arbeitsplätze zu schaffen und damit den Lebensstandard der Menschen zu verbessern; hebt hervor, dass der Haushalt der Union durch Programme wie den Europäischen Sozialfonds+ und Erasmus+ eine wichtige Rolle bei der Förderung der Systeme der allgemeinen und beruflichen Bildung und bei der Verbesserung der Anpassungsfähigkeit der Arbeitskräfte durch Umschulung und Weiterbildung spielen kann, um die Menschen auf eine Beschäftigung in einer modernen Wirtschaft vorzubereiten;	14. betont, dass eine wettbewerbsfähigere, produktivere***, nachhaltigere*** und sozial integrativere Wirtschaft dazu beiträgt, hochwertige und gut bezahlte Arbeitsplätze zu schaffen und damit ***das Wohlergehen und*** den Lebensstandard der Menschen zu verbessern; hebt hervor, dass der Haushalt der Union durch Programme wie den Europäischen Sozialfonds+ und Erasmus+ eine wichtige Rolle bei der Förderung der Systeme der allgemeinen und beruflichen Bildung und bei der Verbesserung der Anpassungsfähigkeit der Arbeitskräfte durch Umschulung und Weiterbildung spielen kann, um die Menschen auf eine Beschäftigung in einer modernen Wirtschaft vorzubereiten; ***betont die Notwendigkeit gezielter Umschulungs- und Weiterbildungsinitiativen für Beschäftigte in Krisenbranchen, wie z. B. die Automobilindustrie, um einen gerechten Übergang zu gewährleisten sowie massenhafte Arbeitsplatzverluste***

	und Deindustrialisierung in Europa zu verhindern; unterstreicht, dass die Erwachsenenbildung wichtig ist und ermutigt die Mitgliedstaaten in diesem Zusammenhang, Unternehmen Anreize zu bieten, die Mittel für Bildungsmaßnahmen bereitzustellen;

Änderungsantrag 44

Entschließungsantrag
Ziffer 16

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
16. betont, dass die europäische Wirtschaft auch auf der Angebotsseite wettbewerbsfähiger und widerstandsfähiger werden muss, um mit anderen wichtigen globalen Akteuren konkurrieren zu können, indem ***durch eine verstärkte*** Industriepolitik ***und eine Konzentration auf strategische Wirtschaftszweige und kritische*** Technologien mehr in die offene strategische Autonomie der Union investiert wird, um die Abhängigkeit von Drittländern zu verringern;	16. betont, dass die europäische ***soziale*** Marktwirtschaft auch auf der Angebotsseite wettbewerbsfähiger***, ressourceneffizienter, innovativer*** und widerstandsfähiger werden muss, um mit anderen wichtigen globalen Akteuren konkurrieren zu können ***und die Wettbewerbsfähigkeit europäischer Unternehmen auf den globalen Märkten zu verbessern***, indem ***die Spar- und Investitionsunion vollendet und mehr in die offene strategische Autonomie der Union durch eine integrierte, koordinierte, gezielte und horizontale*** Industriepolitik investiert wird***, die für die Erhöhung der Investitionen in die Innovationsfähigkeit der EU in strategischen Wirtschaftszweigen und kritischen*** Technologien ***von entscheidender Bedeutung ist***, um die Abhängigkeit von Drittländern zu verringern***, wie in der Mitteilung der Kommission über den Deal für eine saubere Industrie betont wird; betont, dass solche Maßnahmen unter Berücksichtigung des regionalen Gleichgewichts in der EU und im Einklang mit der Wettbewerbspolitik verfolgt werden sollten, um Marktzugangshemmnisse zu vermeiden***;

Änderungsantrag 45

Entschließungsantrag
Ziffer 16 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	16a. betont, dass die Wettbewerbsfähigkeit einen dringenden Kurswechsel hin zu neuen Industrien und Innovationen erfordert, der die EU zu einem attraktiveren Standort für Unternehmen macht, wobei auf einem verbesserten Zugang zu Ideen, Kapital und Talenten sowie einer verbesserten digitalen und physischen Infrastruktur, einer effizienten Verwaltung, strengen Wettbewerbsregeln und dem internationalen Handel aufgebaut werden muss;

Änderungsantrag 46

Entschließungsantrag
Ziffer 19 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	19a. erinnert an die besonderen regionalen Herausforderungen in den Bereichen Wirtschaft, Soziales und Sicherheit, mit denen sich bestimmte EU-Regionen konfrontiert sehen; fordert die Kommission auf, eine Folgenabschätzung zur Entwicklung alternativer Indikatoren für die Zuweisung umfangreicher Mittel im Rahmen des bevorstehenden MFR vorzulegen, in der dies berücksichtigt wird; ist der Ansicht, dass eine Debatte über die Schaffung zweckgebundener Finanzmittel erforderlich ist, um die wirtschaftlichen Nachteile auszugleichen, mit denen sich Unionsbürgerinnen und -bürger sowie Unternehmen aufgrund ihres jeweiligen geografischen Zugangs zum EU-Binnenmarkt konfrontiert sehen;

Änderungsantrag 47

Entschließungsantrag

Ziffer 20

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
20. weist darauf hin, dass der Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine erhebliche wirtschaftliche und soziale Folgen hatte, insbesondere für die an Russland angrenzenden Mitgliedstaaten; fordert nachdrücklich, dass diese Regionen im nächsten MFR unterstützt werden;	20. weist darauf hin, dass der Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine erhebliche ***langfristige*** wirtschaftliche und soziale Folgen hatte, insbesondere für die an Russland ***und Belarus*** angrenzenden Mitgliedstaaten; fordert nachdrücklich, dass ***die Ukraine und*** diese Regionen im nächsten MFR unterstützt werden***, insbesondere um die Sicherheit durch den Ausbau der Infrastruktur (einschließlich der Infrastruktur mit doppeltem Verwendungszweck) zu fördern und die allgemeinen Bedingungen für Investitionen und ein dynamisches Geschäftsumfeld zu verbessern; ist außerdem der Ansicht, dass der MFR darüber hinaus die Integration der Ukraine in den EU-Binnenmarkt fördern sollte; weist ebenso auf schwierige Situationen wie die anhaltende Krise im Nahen Osten hin, die sich auf die sozioökonomische Entwicklung der Union, insbesondere in benachbarten Mitgliedstaaten, auswirkt, und besteht darauf, dass dies im nächsten MFR berücksichtigt wird und auch diese Regionen unterstützt werden***;

Änderungsantrag 48

Entschließungsantrag
Zwischenüberschrift 3

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
Der grüne ***und der*** digitale Wandel	Der grüne***,*** digitale ***und soziale*** Wandel

Änderungsantrag 49

Entschließungsantrag
Ziffer 21

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*

21. betont, dass der grüne und ***der digitale*** Wandel untrennbar mit der Wettbewerbsfähigkeit, der Modernisierung der Wirtschaft und der Widerstandsfähigkeit der Gesellschaft verbunden sind und dass der MFR für die Zeit nach 2027 daher weiterhin den grünen ***und den*** digitalen Wandel fördern muss;	21. betont, dass der grüne***, digitale*** und ***soziale*** Wandel untrennbar mit der Wettbewerbsfähigkeit, der Modernisierung der Wirtschaft und der Widerstandsfähigkeit der Gesellschaft verbunden sind und dass der MFR für die Zeit nach 2027 daher weiterhin den grünen***,*** digitalen ***und sozialen*** Wandel fördern und zugleich die Industrie in der EU unterstützen muss, um die Führungsrolle der EU bei nachhaltiger und digitaler Innovation zu sichern; ***stellt fest, dass wirtschaftlicher Fortschritt nicht einfach nur anhand des Wirtschaftswachstums gemessen werden kann***;

Änderungsantrag 50

Entschließungsantrag
Ziffer 22

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
22. weist darauf hin, dass die Union sich verpflichtet hat, bis 2050 klimaneutral zu werden, was eine Dekarbonisierung der Wirtschaft durch den Einsatz sauberer Technologien, die Verbesserung der Energie- und Verkehrsinfrastruktur und energieeffizientere Gebäude erfordert; stellt fest, dass die Kommission den zusätzlichen Investitionsbedarf für die Verwirklichung der Klimaneutralität bis 2050 auf 1,5 % des BIP pro Jahr im Vergleich zum Jahrzehnt 2011-2020 veranschlagt und dass der Haushalt der Union allein diese Lücke zwar nicht schließen kann, aber weiterhin einen wesentlichen Beitrag leisten muss;	22. weist darauf hin, dass die Union sich verpflichtet hat, bis 2050 klimaneutral zu werden, was eine Dekarbonisierung der Wirtschaft durch den Einsatz sauberer Technologien, die Verbesserung der Energie- und Verkehrsinfrastruktur und energieeffizientere Gebäude erfordert; stellt fest, dass die Kommission den zusätzlichen Investitionsbedarf für die Verwirklichung der Klimaneutralität bis 2050 auf 1,5 % des BIP pro Jahr im Vergleich zum Jahrzehnt 2011-2020 veranschlagt und dass der Haushalt der Union allein diese Lücke zwar nicht schließen kann, aber weiterhin einen wesentlichen Beitrag leisten und besser genutzt werden muss***, um spürbar zur Schließung der Lücke beitragen zu können***;

Änderungsantrag 51

Entschließungsantrag
Ziffer 25

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
25. ***weist darauf hin, dass Sicherheit die Grundlage*** für den Wohlstand und das Sozialmodell der Union ist und dass im nächsten MFR ***deutlich mehr in den Schutz der*** Union vor den zahlreichen Bedrohungen, denen sie ausgesetzt ist, investiert werden muss;	25. ***betont, dass Frieden und Sicherheit*** für den Wohlstand und das Sozialmodell der Union ***von grundlegender Bedeutung sind*** und dass im nächsten MFR die Investitionen deutlich erhöht werden müssen, um die Union vor den zahlreichen Bedrohungen, denen sie ausgesetzt ist, ***zu schützen und um die Mitgliedstaaten dabei zu unterstützen, ihre gegenseitigen Verteidigungsverpflichtungen gemäß Artikel 42 Absatz 7 des Vertrags über die Europäische Union wirksam zu erfüllen***;

Änderungsantrag 52

Entschließungsantrag
Ziffer 26

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
26. betont, dass, wie im Niinistö-Bericht herausgestellt wird, die Fragmentierung der Weltordnung, die zunehmende Häufigkeit und Intensität extremer Wetterereignisse, die von Russland ausgehende Sicherheitsbedrohung, die zunehmenden Spannungen in der Welt, hybride Kampagnen wie Cyberangriffe, Informationsmanipulation aus dem Ausland, Desinformation und Einmischung sowie die Instrumentalisierung der Migration und Gesundheitsbedrohungen zusammen die Instabilität verstärken und die Anfälligkeit der Union erhöhen;	26. betont, dass, wie im Niinistö-Bericht herausgestellt wird, die Fragmentierung der Weltordnung, die zunehmende Häufigkeit und Intensität extremer Wetterereignisse, die von Russland ***und Belarus*** ausgehende Sicherheitsbedrohung, die zunehmenden Spannungen in der Welt, hybride Kampagnen wie Cyberangriffe, Informationsmanipulation aus dem Ausland, Desinformation und Einmischung sowie die Instrumentalisierung der Migration und Gesundheitsbedrohungen zusammen die Instabilität verstärken und die Anfälligkeit der Union erhöhen;

Änderungsantrag 53

Entschließungsantrag
Ziffer 28

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
28. nimmt zur Kenntnis, dass nach Angaben der Kommissionspräsidentin	28. nimmt zur Kenntnis, dass nach Angaben der Kommissionspräsidentin

derzeit eine Lücke von 500 Mrd. EUR bei den Verteidigungsausgaben für das nächste Jahrzehnt besteht; betont, dass der Unionshaushalt allein ***die*** Lücke nicht schließen kann, aber eine wichtige Rolle spielen ***muss***;

derzeit eine Lücke von 500 Mrd. EUR bei den Verteidigungsausgaben für das nächste Jahrzehnt besteht; betont, dass der Unionshaushalt allein ***diese*** Lücke nicht schließen kann, aber ***mit besserer Hebelwirkung*** eine wichtige Rolle ***bei der Erschließung zusätzlicher öffentlicher und privater Investitionen*** spielen kann; ***ist gleichzeitig der Ansicht, dass dies nicht auf Kosten der Sozial- und Umweltausgaben gehen sollte***;

Änderungsantrag 54

Entschließungsantrag
Ziffer 29

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
29. unterstreicht, wie wichtig eine wettbewerbsfähige und widerstandsfähige technologische und industrielle Basis der europäischen Verteidigung ist, und ist der Auffassung, dass gemeinsame Investitionen auf EU-Ebene im Verteidigungsbereich zu Größenvorteilen und damit zu erheblichen Einsparungen für die Mitgliedstaaten führen und dazu beitragen können, die Interoperabilität von Ausrüstungen und Systemen zu gewährleisten; weist darauf hin, dass die Verteidigungsindustrie in der Union direkt unterstützt werden muss, wodurch hochwertige und hoch qualifizierte Arbeitsplätze geschaffen werden;	29. unterstreicht, wie wichtig eine wettbewerbsfähige und widerstandsfähige technologische und industrielle Basis der europäischen Verteidigung ist, und ist der Auffassung, dass gemeinsame Investitionen auf EU-Ebene im Verteidigungsbereich zu Größenvorteilen und damit zu erheblichen Einsparungen für die Mitgliedstaaten führen und dazu beitragen können, die Interoperabilität von Ausrüstungen und Systemen zu gewährleisten; ***hebt hervor, dass zu diesem Zweck die EU in neue disruptive Technologien investieren muss, die das neue Sicherheits- und Verteidigungsparadigma neu definieren; fordert die Kommission auf, die Herausforderungen bei der Finanzierung der Verteidigung umfassend zu dokumentieren und ein Paket legislativer und nichtlegislativer Maßnahmen vorzulegen, mit denen die Finanzierungsmöglichkeiten für die Verteidigungsindustrie zum Nutzen aller Mitgliedstaaten gestärkt werden, wobei die östliche Grenze und Mitgliedstaaten mit höheren Verteidigungsinvestitionen stärker berücksichtigt werden sollten;*** weist darauf hin, dass die Verteidigungsindustrie in der Union direkt

	unterstützt werden muss, wodurch hochwertige und hoch qualifizierte Arbeitsplätze geschaffen werden; ***unterstreicht, dass auf Größenvorteile gesetzt werden muss, indem Synergien durch gemeinsame Beschaffung und mehrjährige Planung freigesetzt werden;***

Änderungsantrag 55

Entschließungsantrag
Ziffer 31

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
31. betont, dass die Union die Mittel für die Vorsorge in allen Bereichen aufstocken muss; hebt hervor, dass zusätzlich zu den Bemühungen zur Minderung des Klimawandels durch den grünen Wandel erhebliche Investitionen zur Anpassung an den Klimawandel erforderlich sind, insbesondere zum Schutz vor den und zur Verringerung der Auswirkungen von Naturkatastrophen und schweren Wetterereignissen; ist der Ansicht, dass die Unterstützung für diesen Zweck im nächsten MFR deutlich erhöht werden muss;	31. betont, dass die Union die Mittel für die Vorsorge in allen Bereichen aufstocken muss; hebt hervor, dass zusätzlich zu den Bemühungen zur Minderung des Klimawandels durch den grünen Wandel erhebliche Investitionen zur Anpassung an den Klimawandel ***und möglicherweise die daraus resultierenden sozioökonomischen Folgen*** erforderlich sind, insbesondere zum Schutz vor den und zur Verringerung der Auswirkungen von Naturkatastrophen und schweren Wetterereignissen***; unterstreicht die Auswirkungen des Klimawandels auf die Widerstandsfähigkeit Europas in Bezug auf Wasser, von der Umwelt, Industrie und Lebensunterhalt abhängen***; ist der Ansicht, dass die Unterstützung für diesen Zweck im nächsten MFR deutlich erhöht werden muss;

Änderungsantrag 56

Entschließungsantrag
Ziffer 33

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
33. betont, dass es angesichts des technologischen Wandels für böswillige und opportunistische ausländische Akteure leichter geworden ist, Desinformation zu verbreiten, in Wahlen einzugreifen und	33. betont, dass es angesichts des technologischen Wandels für böswillige und opportunistische ausländische Akteure leichter geworden ist, Desinformation zu verbreiten, in Wahlen einzugreifen und

Cyberangriffe gegen die Interessen der EU zu verüben; fordert nachdrücklich, dass im nächsten MFR in die Verbesserung der Cybersicherheit investiert wird; weist darauf hin, dass digitale Kompetenz und Medienkompetenz sowie kritisches Denken in diesem Zusammenhang wichtig sind und dass die Unterstützung von Initiativen in diesen Bereichen aus dem Haushalt der Union fortgesetzt werden muss;	Cyberangriffe gegen die Interessen der EU zu verüben; fordert nachdrücklich, dass im nächsten MFR in die Verbesserung der Cybersicherheit investiert wird ***und ausreichende Mittel bereitgestellt werden, um hybride Kriegsführung und ausländische Desinformationskampagnen zu verhindern, einzudämmen und zu bekämpfen***; weist darauf hin, dass digitale Kompetenz und Medienkompetenz sowie kritisches Denken in diesem Zusammenhang wichtig sind und dass die Unterstützung von Initiativen in diesen Bereichen aus dem Haushalt der Union fortgesetzt werden muss;

Änderungsantrag 57

Entschließungsantrag
Ziffer 36

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
36. bedauert, dass der Bereich auswärtiges Handeln im derzeitigen MFR unterfinanziert ist, was dazu geführt hat, dass in erheblichem Umfang auf besondere Instrumente zurückgegriffen wurde und bei der Halbzeitüberprüfung beträchtliche Mittelaufstockungen vorgenommen wurden; stellt insbesondere fest, dass die Mittel für die humanitäre Hilfe völlig unzureichend waren, was dazu geführt hat, dass die Soforthilfereserve regelmäßig in Anspruch genommen wird;	36. bedauert, dass der Bereich auswärtiges Handeln im derzeitigen MFR – ***insbesondere in Bezug auf Mittel für den globalen Süden*** – unterfinanziert ist, was dazu geführt hat, dass in erheblichem Umfang auf besondere Instrumente zurückgegriffen wurde und bei der Halbzeitüberprüfung beträchtliche Mittelaufstockungen vorgenommen wurden; stellt insbesondere fest, dass die Mittel für die humanitäre Hilfe völlig unzureichend waren, was dazu geführt hat, dass die Soforthilfereserve regelmäßig in Anspruch genommen wird; ***weist darauf hin, dass Investitionen in den globalen Süden die Volkswirtschaften sowohl der Geber- als auch der Empfängerländer stärken können;***

Änderungsantrag 58

Entschließungsantrag
Ziffer 37

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
37. betont, dass im nächsten MFR weiterhin die dringendsten globalen Herausforderungen angegangen werden müssen, von der Bekämpfung des Klimawandels über die Unterstützung bei Naturkatastrophen, die Gewährleistung der weltweiten Ernährungssicherheit, die Verbesserung der Gesundheitssysteme, die Verringerung von Armut und Ungleichheit bis hin zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit und der Sicherheit der globalen Lieferketten; hebt insbesondere hervor, dass die südliche und östliche Nachbarschaft der Union unterstützt werden muss;	37. betont, dass im nächsten MFR weiterhin die dringendsten globalen Herausforderungen angegangen werden müssen, von der Bekämpfung des Klimawandels ***und des Verlusts an biologischer Vielfalt*** über die Unterstützung bei Naturkatastrophen, die Gewährleistung der weltweiten Ernährungssicherheit, die Verbesserung der Gesundheitssysteme, die Verringerung von Armut und Ungleichheit bis hin zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit***, der Schaffung von Arbeitsplätzen*** und der Sicherheit der globalen Lieferketten; hebt insbesondere hervor, dass die südliche und östliche Nachbarschaft der Union unterstützt werden muss;

Änderungsantrag 59

Entschließungsantrag
Ziffer 39

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
39. fordert nachdrücklich, dass angesichts des Ausmaßes der humanitären Krisen und der zunehmenden globalen Herausforderungen die Mittel für humanitäre Hilfe im nächsten MFR erheblich aufgestockt und besser vorhersehbar gemacht werden müssen und dass ihre Verwendung weiterhin ausschließlich bedarfsorientiert sein muss;	39. fordert nachdrücklich, dass angesichts des Ausmaßes der humanitären Krisen und der zunehmenden globalen Herausforderungen die Mittel für humanitäre Hilfe im nächsten MFR erheblich aufgestockt und besser vorhersehbar gemacht werden müssen und dass ihre Verwendung weiterhin ausschließlich bedarfsorientiert sein muss; ***nimmt die zusätzlichen Herausforderungen zur Kenntnis, die sich aus der Entscheidung der US-Regierung ergeben, sich aus der internationalen Verantwortung für das Pariser Abkommen, die Weltgesundheitsorganisation (WHO) und die Entwicklungshilfe zurückzuziehen, und betont, dass die EU ihre Bemühungen, einschließlich finanzieller Verpflichtungen, verstärken und eine führende Rolle in der Global Governance übernehmen muss, um die am stärksten***

	gefährdeten Menschen und Regionen der Welt zu unterstützen;

Änderungsantrag 60

Entschließungsantrag
Ziffer 40

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
40. betont, dass die Union in einem Kontext, in dem globale Akteure die Interdependenz des Handels zunehmend als Mittel zur Ausübung wirtschaftlichen Drucks nutzen, ihre Fähigkeit stärken muss, ihre eigenen strategischen Interessen zu schützen und zu fördern, stärkere Instrumente zur Bekämpfung von Druck zu entwickeln und eine echte Gegenseitigkeit in ihren Partnerschaften zu gewährleisten;	40. betont, dass die Union in einem Kontext, in dem globale Akteure die Interdependenz des Handels zunehmend als Mittel zur Ausübung wirtschaftlichen Drucks nutzen, ihre Fähigkeit stärken muss, ihre eigenen strategischen Interessen zu schützen und zu fördern, stärkere Instrumente zur Bekämpfung von Druck zu entwickeln und eine echte Gegenseitigkeit in ihren Partnerschaften zu gewährleisten; ***betont, dass die EU über die erforderlichen Haushaltsinstrumente verfügen muss, um den wirtschaftlichen Auswirkungen eines etwaigen Handelskrieges mit ihren traditionellen Handelspartnern entgegenzuwirken;***

Änderungsantrag 61

Entschließungsantrag
Ziffer 43

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
43. betont, dass die finanzielle Unterstützung von der Durchführung von Reformen und der Achtung der Werte der Union abhängig gemacht werden muss; hebt in diesem Zusammenhang hervor, dass ein starkes Governance-Modell erforderlich ist, mit dem die parlamentarische Rechenschaftspflicht, Aufsicht und Kontrolle sichergestellt wird;	43. betont, dass die finanzielle Unterstützung von der Durchführung von Reformen und der Achtung der Werte der Union abhängig gemacht werden muss; hebt in diesem Zusammenhang hervor, dass ein starkes Governance-Modell erforderlich ist, mit dem die parlamentarische Rechenschaftspflicht, Aufsicht und Kontrolle ***der bereitgestellten Unterstützung*** sichergestellt wird;

Änderungsantrag 62

Entschließungsantrag
Ziffer 44

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
44. unterstreicht, dass die Heranführungshilfe für die Ukraine von der finanziellen Unterstützung für den Wiederaufbau und die Erholung nach dem Krieg unterschieden werden muss, für die der Bedarf weitaus größer ist und eine konzertierte internationale Anstrengung erforderlich ist, bei der die Unterstützung aus dem Haushalt der Union eine wichtige Rolle spielen sollte;	44. unterstreicht, dass die Heranführungshilfe für die Ukraine von der finanziellen Unterstützung für den Wiederaufbau und die Erholung nach dem Krieg unterschieden werden muss, für die der Bedarf weitaus größer ist und eine konzertierte internationale Anstrengung erforderlich ist, bei der die Unterstützung aus dem Haushalt der Union eine wichtige Rolle spielen sollte; ***ist der Ansicht, dass die Kommission das Potenzial für die Verwendung eingefrorener russischer Vermögenswerte prüfen sollte, um die Ukraine bei der Erfüllung ihrer Verpflichtungen gegenüber der EU zu unterstützen;***

Änderungsantrag 63

Entschließungsantrag
Ziffer 45

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
45. ist der Überzeugung, dass die bestehende verbindliche Revisionsklausel im Falle einer Erweiterung im nächsten Rahmen beibehalten werden sollte; ***betont, dass die nationalen Finanzrahmen im Falle einer Erweiterung nicht betroffen sein sollten;*** hebt hervor, dass im nächsten MFR auch ***wichtige Ausgabenbereiche wie*** Kohäsion und Landwirtschaft ***reformiert und*** angemessene Übergangs- und Einführungsmaßnahmen vorgesehen werden müssen;	45. ist der Überzeugung, dass die bestehende verbindliche Revisionsklausel im Falle einer Erweiterung im nächsten Rahmen beibehalten werden sollte; hebt hervor, dass im nächsten MFR auch ***angestrebt werden sollte, in wichtigen Ausgabenbereichen, einschließlich*** Kohäsion und Landwirtschaft, ***Verbesserungen zu erzielen, wobei*** angemessene Übergangs- und Einführungsmaßnahmen vorgesehen werden müssen;

Änderungsantrag 64

Entschließungsantrag
Ziffer 50

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
50. fordert die Konsolidierung eines soliden Instrumentariums zur Wahrung der Rechtsstaatlichkeit, das auf den derzeitigen Konditionalitätsbestimmungen im Rahmen der Aufbau- und Resilienzfazilität und den zielübergreifenden grundlegenden Voraussetzungen in der Verordnung mit gemeinsamen Bestimmungen aufbaut; betont, dass bei der Anwendung von Instrumenten zum Schutz der Rechtsstaatlichkeit wesentlich mehr Transparenz und Kohärenz erforderlich sind und dass die Rolle des Parlaments bei der Anwendung und Kontrolle dieser Maßnahmen gestärkt werden muss; besteht darauf, dass bei der Bewertung von Verstößen gegen die Rechtsstaatlichkeit in den Mitgliedstaaten Kohärenz zwischen den Instrumenten gewahrt werden muss;	50. fordert die Konsolidierung eines soliden ***und einheitlichen*** Instrumentariums zur Wahrung der Rechtsstaatlichkeit, das auf den derzeitigen Konditionalitätsbestimmungen im Rahmen der Aufbau- und Resilienzfazilität und den zielübergreifenden grundlegenden Voraussetzungen in der Verordnung mit gemeinsamen Bestimmungen [1a]***sowie auf den einschlägigen Bestimmungen der Haushaltsordnung*** aufbaut***; fordert nachdrücklich, dass mit dem Instrumentarium der gesamte EU-Haushalt erfasst werden und dass keines der eingesetzten Instrumente Rückschritte ermöglichen und Schlupflöcher schaffen sollte***; betont, dass bei der Anwendung von Instrumenten zum Schutz der Rechtsstaatlichkeit wesentlich mehr Transparenz und Kohärenz erforderlich sind und dass die Rolle des Parlaments bei der Anwendung und Kontrolle dieser Maßnahmen gestärkt werden muss***; fordert die Einführung einer No-Fallback-Klausel, um zu verhindern, dass Reformen rückgängig gemacht werden, und um sicherzustellen, dass Verbesserungen nicht widerrufen werden, sobald das Programm umgesetzt und mit Mittel ausgestattet ist***; besteht darauf, dass bei der Bewertung von Verstößen gegen die Rechtsstaatlichkeit in den Mitgliedstaaten Kohärenz zwischen den Instrumenten gewahrt werden muss;
	[1a] ***Verordnung (EU) 2021/1060 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 24. Juni 2021 mit gemeinsamen Bestimmungen für den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds Plus, den Kohäsionsfonds, den Fonds für einen gerechten Übergang und den Europäischen Meeres-, Fischerei- und Aquakulturfonds sowie mit Haushaltsvorschriften für diese Fonds und für den Asyl-, Migrations- und***

	Integrationsfonds, den Fonds für die innere Sicherheit und das Instrument für finanzielle Hilfe im Bereich Grenzverwaltung und Visumpolitik (ABl. L 231 vom 30.6.2021, S. 159, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2021/1060/oj).

Änderungsantrag 65

Entschließungsantrag
Ziffer 51

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
51. erinnert daran, dass in der Konditionalitätsverordnung vorgesehen ist, dass Endempfängern von EU-Mitteln die Vorteile von EU-Mitteln nicht vorenthalten werden sollten, wenn Sanktionen gegen ihre Regierung verhängt werden; ist der Ansicht, dass diese Bestimmung bislang nicht wirksam war, und betont, wie wichtig es ist, einen Ansatz der intelligenten Konditionalität anzuwenden, um zu verhindern, dass Begünstigte aufgrund der Maßnahmen ihrer Regierungen benachteiligt werden; fordert die Kommission auf, weitere Möglichkeiten zu prüfen, wie sichergestellt werden kann, dass lokale und regionale Gebietskörperschaften, die Zivilgesellschaft und andere Begünstigte im Falle von Verstößen nationaler Regierungen gegen die Rechtsstaatlichkeit weiterhin EU-Mittel erhalten können, ohne die Anwendung der Verordnung zu schwächen;	51. erinnert daran, dass in der Konditionalitätsverordnung vorgesehen ist, dass Endempfängern von EU-Mitteln die Vorteile von EU-Mitteln nicht vorenthalten werden sollten, wenn Sanktionen gegen ihre Regierung verhängt werden; ist der Ansicht, dass diese Bestimmung bislang nicht wirksam war, und betont, wie wichtig es ist, einen Ansatz der intelligenten Konditionalität anzuwenden, um zu verhindern, dass Begünstigte aufgrund der Maßnahmen ihrer Regierungen benachteiligt werden; fordert die Kommission auf, weitere Möglichkeiten zu prüfen, wie sichergestellt werden kann, dass lokale und regionale Gebietskörperschaften, die Zivilgesellschaft und andere Begünstigte im Falle von Verstößen nationaler Regierungen gegen die Rechtsstaatlichkeit weiterhin EU-Mittel erhalten können, ohne die Anwendung der Verordnung zu schwächen; ***fordert in diesem Zusammenhang die Einführung eines vereinfachten und gestrafften Mechanismus, um im nächsten MFR eine direkte Finanzierung für Städte und Gemeinden sicherzustellen;***

Änderungsantrag 66

Entschließungsantrag
Ziffer 52

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
52. hebt hervor, dass ein langfristiger Haushalt, der vollständig auf die strategischen Ziele der Union abgestimmt ist, die durchgängige Berücksichtigung der wichtigsten Ziele im Haushalt durch eine Reihe horizontaler Grundsätze erfordert, die auf den Erkenntnissen aus dem derzeitigen MFR aufbauen;	52. hebt hervor, dass ein langfristiger Haushalt, der vollständig auf die strategischen Ziele der Union abgestimmt ist, die durchgängige Berücksichtigung der wichtigsten Ziele im Haushalt durch eine Reihe horizontaler Grundsätze erfordert, die auf den Erkenntnissen aus dem derzeitigen MFR aufbauen; ***begrüßt in diesem Zusammenhang den kürzlich vorgeschlagenen Kompass für Wettbewerbsfähigkeit für die EU, um die Zukunft der EU als Wirtschaftsmacht, Investitionsziel und Industriestandort zu sichern; betont, wie wichtig es ist, den Haushalt an die im Kompass für Wettbewerbsfähigkeit festgelegten Ziele anzupassen, um die Wettbewerbsfähigkeit Europas wiederherzustellen und seinen Wohlstand zu sichern;***

Änderungsantrag 67

Entschließungsantrag
Ziffer 53

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
53. betont daher, dass im nächsten MFR sichergestellt werden muss, dass mit den Ausgabenprogrammen in allen Bereichen Klima- und Biodiversitätsziele verfolgt werden, die Rechte und die Chancengleichheit aller gefördert und geschützt werden, was auch die Gleichstellung der Geschlechter einschließt, die Wettbewerbsfähigkeit unterstützt und die Abwehrbereitschaft der Union gegenüber Bedrohungen gestärkt wird;	53. betont daher, dass im nächsten MFR sichergestellt werden muss, dass ***die Ausgabenprogramme in allen Bereichen auf den Menschen ausgerichtet sind und*** mit diesen Ausgabenprogrammen Klima- und Biodiversitätsziele verfolgt werden, die Rechte und die Chancengleichheit aller gefördert und geschützt werden, was auch die Gleichstellung der Geschlechter einschließt, die Wettbewerbsfähigkeit unterstützt und die Abwehrbereitschaft der Union gegenüber Bedrohungen gestärkt wird***, wobei sichergestellt werden muss, dass der Haushalt einfacher und flexibler ist, damit die Mitgliedstaaten besser und schneller auf neue Herausforderungen reagieren können***;

Änderungsantrag 68

Entschließungsantrag
Ziffer 56 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	56a. nimmt in diesem Zusammenhang die Methodik zur Kenntnis, die für die Berichterstattung über grüne Finanzierung entwickelt wird;

Änderungsantrag 69

Entschließungsantrag
Ziffer 56 b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	56b. ist der Ansicht, dass angesichts der Notwendigkeit Europas, seinen Wettbewerbsvorteil auszubauen und seine offene strategische Autonomie zu stärken, die durchgängige Berücksichtigung von Wettbewerbsfähigkeit, Verteidigung und Unterstützung von KMU zumindest in die IIV aufgenommen werden sollte; fordert die Aufnahme dieser Aspekte in die Haushaltsordnung, um sicherzustellen, dass Ausgabenprogramme systematisch zur Förderung von Innovation, zur Verbesserung der globalen Wettbewerbsfähigkeit Europas, zur Stärkung der Verteidigungsfähigkeiten und zur Unterstützung des Wachstums von KMU beitragen;

Änderungsantrag 70

Entschließungsantrag
Ziffer 57 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	57a. unterstreicht die Bedeutung einer soliden zweckgebundenen und zielgerichteten Finanzierung für die EU-Agenturen und deren Personal, um eine

	effiziente finanzielle und wirtschaftliche Verwaltung der Politikbereiche der Union sicherzustellen; stellt fest, dass eine angemessene Personalausstattung auf dieser Ebene der EU-Aufsicht eine wesentliche Voraussetzung für die Erreichung vereinbarter politischer Ziele sowie für die Sicherung und Erhöhung des Investitionsniveaus in der EU ist; weist ferner darauf hin, dass im Einklang mit dem Sonderbericht 22/2020 des Rechnungshofs die Existenzberechtigung bestehender Agenturen in verschiedenen Phasen neu bewertet werden sollte, um festzustellen, ob sie weiterhin notwendig und mit der Tätigkeit anderer Agenturen kohärent sind; fordert die Kommission auf, eine effiziente Zuweisung von Finanzmitteln sicherzustellen, indem Synergien ermittelt und mögliche strukturelle Anpassungen, gegebenenfalls auch Fusionen, als Reaktion auf den sich wandelnden Bedarf untersucht werden;

Änderungsantrag 71

Entschließungsantrag
Ziffer 60

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
60. betont, dass der nächste MFR so gestaltet werden muss, dass ***das Leben der*** Begünstigten vereinfacht wird, die Vorschriften so weit wie möglich harmonisiert werden und unnötiger Verwaltungsaufwand abgebaut wird, und dass er so bürgernah wie möglich umgesetzt werden muss;	60. betont, dass der nächste MFR so gestaltet werden muss, dass ***die Verfahren für die*** Begünstigten vereinfacht werden, die Vorschriften so weit wie möglich harmonisiert werden und unnötiger Verwaltungsaufwand abgebaut wird, und dass er so bürgernah wie möglich umgesetzt werden muss***, damit die Ausschöpfungsquote erhöht wird***; ***ist der Ansicht, dass die programmspezifische Umsetzung etwaiger horizontaler Maßnahmen oder Bemühungen um eine durchgängige Berücksichtigung, die im Rahmen des MFR vorgesehen sind, im Wege sektoraler Rechtsvorschriften erfolgen sollte, um sicherzustellen, dass sie wirksam umgesetzt werden und den Endempfängern von Unionsmitteln kein***

	unnötiger Verwaltungsaufwand entsteht; fordert die Einführung eines einheitlichen Regelwerks mit einem einheitlichen Satz von Finanzvorschriften für alle EU-Programme, das als einheitlicher Rahmen für mehrere Programme eingesetzt wird, damit die Umsetzung für Partner wie die Europäische Investitionsbank (EIB) vereinfacht wird und sie sich auf unterschiedliche Ziele statt auf abweichende Begriffsbestimmungen konzentrieren können, ohne die Projektziele und einschlägigen Standards aus den Augen zu verlieren;

Änderungsantrag 72

Entschließungsantrag
Ziffer 61

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
61. fordert eine echte Vereinfachung bei sich überschneidenden Zielen, unterschiedlichen Förderkriterien und abweichenden Vorschriften für Aspekte, die in allen Programmen einheitlich sein sollten; ist der Ansicht, dass eine Bewertung der Ausgabenprogramme, die in den nächsten MFR aufgenommen werden sollen, auf den oben genannten Aspekten, der Notwendigkeit, die Ausgaben auf klar definierte politische Ziele zu konzentrieren, und der Logik der politischen Intervention jedes einzelnen Programms beruhen muss;	61. fordert eine echte Vereinfachung bei sich überschneidenden Zielen, unterschiedlichen Förderkriterien und abweichenden Vorschriften für Aspekte, die in allen Programmen einheitlich sein sollten; ***betont in diesem Zusammenhang, wie wichtig es ist, bürokratische Hürden weiter anzugehen und abzubauen sowie zugleich den Verwaltungsaufwand insbesondere für KMU zu verringern;*** ist der Ansicht, dass eine Bewertung der Ausgabenprogramme, die in den nächsten MFR aufgenommen werden sollen, auf den oben genannten Aspekten, der Notwendigkeit, die Ausgaben auf klar definierte politische Ziele zu konzentrieren, und der Logik der politischen Intervention jedes einzelnen Programms beruhen muss;

Änderungsantrag 73

Entschließungsantrag
Ziffer 61 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	61a. betont, dass die Vereinfachung in erster Linie darauf abzielen sollte, die Komplexität, die Verzögerungen bei der Umsetzung und den Meldeaufwand für die Endbegünstigten und die Durchführenden, insbesondere kleinere Begünstigte, zu verringern; bedauert, dass Innovationen durch den unverhältnismäßigen Verwaltungsaufwand und zeitliche Verzögerungen für Start-up-Unternehmen und KMU behindert werden; ist der Ansicht, dass die Verwendung von De-minimis-Klauseln und die strikte Umsetzung des Grundsatzes der einmaligen Erfassung für die Berichterstattung notwendig sind, um das Potenzial der europäischen Innovatoren verstärkt zu erschließen; fordert eine Initiative, die darauf abzielt, die Verwaltungsverfahren für Start-up-Unternehmen und KMU zu beschleunigen; bekräftigt, dass eine solche Vereinfachung nicht zulasten ausreichender Kontrollen, der Wirtschaftlichkeit der Haushaltsführung und der Transparenz gehen darf;

Änderungsantrag 74

Entschließungsantrag
Ziffer 61 b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	61b. ist zutiefst besorgt über die Schlussfolgerung des Rechnungshofs in seinem Bericht 2024, dass die Fehlerquote bei den EU-Ausgaben auf 5,6 % des Gesamthaushalts gestiegen ist; fordert die Kommission nachdrücklich auf, die Feststellungen des Rechnungshofs gründlich zu prüfen und die Empfehlungen sowohl aus den Jahresberichten als auch aus den Sonderberichten des Rechnungshofs umzusetzen, um die Effizienz,

Transparenz und Rechenschaftspflicht bei den EU-Haushaltsausgaben zu verbessern;

Änderungsantrag 75

Entschließungsantrag
Ziffer 62

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
62. fordert mit Nachdruck, dass ein einfacherer Haushalt auch ein transparenterer Haushalt sein muss, wodurch eine bessere Kontrolle der Ausgaben ermöglicht und das Risiko von Doppelfinanzierungen verringert wird; hebt hervor, dass jede Kürzung von Programmen durch eine weitaus detailliertere Aufschlüsselung des Haushalts nach Haushaltslinien ausgeglichen werden muss, im Gegensatz zu einigen Zusammenlegungen von Programmen im aktuellen MFR, wie z. B. dem Instrument für Nachbarschaft, Entwicklungszusammenarbeit und internationale Zusammenarbeit – Europa in der Welt (NDICI/Europa in der Welt), das kein Vorbild ist; fordert daher eine hinreichend detaillierte Aufschlüsselung nach Haushaltslinien, um eine angemessene Rechenschaftspflicht zu ermöglichen und eine sinnvolle Beschlussfassung im Rahmen des jährlichen Haushaltsverfahrens zu gewährleisten;	62. fordert mit Nachdruck, dass ein einfacherer Haushalt auch ein transparenterer Haushalt sein muss, wodurch eine bessere Kontrolle der Ausgaben ermöglicht und das Risiko von Doppelfinanzierungen verringert wird; hebt hervor, dass jede Kürzung von Programmen durch eine weitaus detailliertere Aufschlüsselung des Haushalts nach Haushaltslinien ausgeglichen werden muss, im Gegensatz zu einigen Zusammenlegungen von Programmen im aktuellen MFR, wie z. B. dem Instrument für Nachbarschaft, Entwicklungszusammenarbeit und internationale Zusammenarbeit – Europa in der Welt (NDICI/Europa in der Welt), das kein Vorbild ist; fordert daher eine hinreichend detaillierte Aufschlüsselung nach Haushaltslinien, um eine angemessene Rechenschaftspflicht zu ermöglichen und eine sinnvolle Beschlussfassung im Rahmen des jährlichen Haushaltsverfahrens zu gewährleisten; ***besteht darauf, dass Leistungsüberprüfungen und Haushaltsdiskussionen transparent sein und Informationen öffentlich zugänglich gemacht werden müssen;***

Änderungsantrag 76

Entschließungsantrag
Ziffer 62 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*

	62a. fordert, dass künftige leistungsbasierte Instrumente durch einen einheitlichen Prüfpfad ergänzt werden, um die Haushaltsbeiträge zu den finanzierten Projekten und zu den Endempfängern, d. h. den privaten Einrichtungen, die von öffentlichen Aufträgen oder Programmen profitieren, nachzuvollziehen; unterstreicht die Notwendigkeit einer Prüfung auf Projektebene, um Reputationsrisiken in den Augen der Öffentlichkeit zu mindern; hebt den zusätzlichen Vorteil hervor, dass EU-finanzierte Projekte öffentlich gekennzeichnet werden; betont, dass die zunehmenden administrativen Engpässe und der bürokratische Aufwand verringert werden müssen; betont, dass Erstattungen auf indikativen Kosten beruhen können, wenn Transparenz- und Prüfungsstandards für tatsächliche Ausgaben nachträglich öffentlich zugänglich sind; betont, dass Reformen und Investitionen miteinander verknüpft werden müssen, um langfristige strukturelle Veränderungen zu erreichen; fordert eine klare Methodik für die teilweise Erfüllung von Etappenzielen und Zwischenzielen;

Änderungsantrag 77

Entschließungsantrag
Ziffer 63 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	63a. stellt fest, dass die Kommission für die Ausführung des Haushaltsplans verantwortlich ist und dass viele Fonds, die unter geteilter Mittelverwaltung stehen, von den Mitgliedstaaten ausgeführt werden; betont daher, wie wichtig ein robustes System von Finanzkorrekturen ist, um bei schwerwiegenden Mängeln in den Verwaltungs- und Kontrollsystemen der Mitgliedstaaten eingreifen zu können; betont, dass ein solches System

ausreichend abschreckend sein muss;

Änderungsantrag 78

Entschließungsantrag
Ziffer 67 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	67a. weist darauf hin, dass die verschiedenen Programme und Projekte unterschiedliche Fristen für die Umsetzung haben könnten; weist warnend darauf hin, dass mit der Änderung solcher Programme oder Projekte übermäßig aufwendige Verwaltungspflichten verbunden sein könnten; betont, dass es notwendig ist, den Haushalt flexibel zu gestalten, um sich ändernde Bedürfnisse abzudecken;

Änderungsantrag 79

Entschließungsantrag
Ziffer 68

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
68. fordert eine grundlegende Reform der bestehenden besonderen Instrumente zur Stärkung der Krisenreaktionsfähigkeit; betont, dass die derzeitigen Instrumente sowohl unzureichend als auch zu starr sind und dass einige von ihnen je nach Art der Krise tatsächlich nur begrenzt zur Verfügung stehen; weist darauf hin, dass eine verbesserte Krisenreaktionsfähigkeit sicherstellt, dass die Mittel der Kohäsionspolitik nicht für diesen Zweck verwendet werden und somit für die angestrebten Investitionsziele eingesetzt werden können;	68. fordert eine grundlegende Reform der bestehenden besonderen Instrumente zur Stärkung der Krisenreaktionsfähigkeit; betont, dass die derzeitigen Instrumente sowohl unzureichend als auch zu starr sind und dass einige von ihnen je nach Art der Krise tatsächlich nur begrenzt zur Verfügung stehen; weist darauf hin, dass durch eine verbesserte Krisenreaktionsfähigkeit ***und Flexibilität bei der Überarbeitung nationaler Programme im Falle asymmetrischer Schocks sichergestellt wird***, dass die Mittel der Kohäsionspolitik nicht für diesen Zweck verwendet werden und somit für die angestrebten Investitionsziele eingesetzt werden können;

Änderungsantrag 80

Entschließungsantrag
Ziffer 68 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	68a. weist darauf hin, dass die Aufbau- und Resilienzfazilität die Vorschläge zum Haushaltsinstrument für Wettbewerbsfähigkeit und Konvergenz und zum Reformhilfeprogramm 2021–2027 ersetzt hat; betont, dass eine wirksame finanzpolitische Koordinierung zwischen den Mitgliedstaaten auch in der Zeit nach der Aufbau- und Resilienzfazilität von entscheidender Bedeutung ist, um einen angemessenen haushaltspolitischen Kurs umzusetzen;

Änderungsantrag 81

Entschließungsantrag
Ziffer 68 b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	68b. hebt hervor, dass die Finanzierungsinstrumente der EU angesichts mehrerer Krisen seit 2019 die makroökonomische Stabilisierung auf EU-Ebene sichergestellt haben, indem unter anderem der Haushalt des Euroraums aufgestellt, durch sie die interne und externe Widerstandsfähigkeit erhöht wurde und die Mitgliedstaaten bei der Finanzierung wesentlicher und strategischer Investitionen innerhalb der Union unterstützt wurden;

Änderungsantrag 82

Entschließungsantrag
Ziffer 68 d (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	68d. fordert Investitionsinstrumente auf EU-Ebene, die darauf ausgerichtet sind, die Kosten für die Steuerzahler in der EU

zu minimieren und die Effizienz bei der Bereitstellung öffentlicher Güter in der EU zu maximieren;

Änderungsantrag 83

Entschließungsantrag
Ziffer 69

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
69. ***ist der Auffassung,*** dass der MFR für die Zeit nach 2027 ***nur zwei*** besondere Instrumente umfassen sollte***:*** eines zur Gewährleistung der Solidarität im Falle von Naturkatastrophen (als Nachfolgeinstrument der derzeitigen Europäischen Solidaritätsreserve) und eines zur allgemeinen Krisenreaktion (als Nachfolgeinstrument des Flexibilitätsinstruments); fordert nachdrücklich, dass die beiden besonderen Instrumente von Anfang an mit angemessenen Mitteln ausgestattet werden und dass es möglich ist, nicht in Anspruch genommene Beträge unbegrenzt über den Zeitraum des MFR zu übertragen; ***ist der Auffassung, dass alle anderen besonderen Instrumente entweder abgewickelt oder in die beiden besonderen Instrumente oder in bestehende Programme integriert werden können;***	69. ***betont***, dass der MFR für die Zeit nach 2027 ***weniger*** besondere Instrumente umfassen sollte***, z. B.*** eines zur Gewährleistung der Solidarität im Falle von Naturkatastrophen (als Nachfolgeinstrument der derzeitigen Europäischen Solidaritätsreserve) und eines zur allgemeinen Krisenreaktion (als Nachfolgeinstrument des Flexibilitätsinstruments); fordert nachdrücklich, dass die beiden besonderen Instrumente von Anfang an mit angemessenen Mitteln ausgestattet werden und dass es möglich ist, nicht in Anspruch genommene Beträge unbegrenzt über den Zeitraum des MFR zu übertragen;

Änderungsantrag 84

Entschließungsantrag
Ziffer 72

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
72. betont, dass es zur Maximierung der Wirkung unerlässlich ist, dass die Ausgaben im Rahmen des nächsten MFR weitaus strikter auf die strategischen politischen Ziele der Union ausgerichtet und sorgfältig mit den Ausgaben auf nationaler Ebene koordiniert werden;	72. betont, dass es zur Maximierung der Wirkung unerlässlich ist, dass die Ausgaben im Rahmen des nächsten MFR weitaus strikter auf die strategischen politischen Ziele der Union ausgerichtet und sorgfältig mit den Ausgaben auf nationaler Ebene koordiniert werden; ***stellt daher fest, dass ein Gleichgewicht***

zwischen den strategischen politischen Prioritäten der Union und den lokalen Besonderheiten gefunden werden muss; bekräftigt seinen Standpunkt, dass die Einbeziehung regionaler und lokaler Gebietskörperschaften sowie einschlägiger Organisationen der Zivilgesellschaft bei der Gestaltung und Umsetzung eines nationalen Ansatzes für den nächsten MFR von entscheidender Bedeutung ist;

Änderungsantrag 85

Entschließungsantrag
Ziffer 72 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	72a. fordert die Kommission auf, sich im MFR für die Zeit nach 2027 neben Leistungen und Kosten stärker auf Ergebnisse und Wirkungen zu konzentrieren und den grenzüberschreitenden Mehrwert Europas stärker herauszustellen;

Änderungsantrag 86

Entschließungsantrag
Ziffer 73

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
73. ist der Ansicht, dass die Aufbau- und Resilienzfazilität mit ihrem Schwerpunkt auf Ergebnissen und der Verknüpfung von Reformen und Investitionen mit Budgethilfe dazu beigetragen hat, nationale Investitionen und Reformen zu fördern, die andernfalls nicht stattgefunden hätten;	73. ist der Ansicht, dass die Aufbau- und Resilienzfazilität mit ihrem Schwerpunkt auf Ergebnissen und der Verknüpfung von Reformen und Investitionen mit Budgethilfe dazu beigetragen hat, nationale Investitionen und Reformen zu fördern, die andernfalls nicht stattgefunden hätten; ***fordert eine notwendige detaillierte Bewertung der tatsächlichen Auswirkungen der Reformen und Investitionen im Rahmen dieses Mechanismus auf das Wirtschaftswachstum und die Schaffung von Arbeitsplätzen, sowohl für die EU als***

	Ganzes als auch für jeden einzelnen Mitgliedstaat; fordert in diesem Zusammenhang, dass Lehren aus den Mängeln der Aufbau- und Resilienzfazilität gezogen werden, und betont, dass künftige leistungsbasierte Instrumente in erster Linie auf der Grundlage von Ergebnissen und Auswirkungen und nicht nur auf der Grundlage von Outputs konzipiert werden sollten; fordert einen detaillierten Tilgungsplan für dieses Instrument;

Änderungsantrag 87

Entschließungsantrag
Ziffer 74

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
74. betont, dass die Aufbau- und Resilienzfazilität ***dazu beitragen kann, die Ausführung der Ausgaben der Union im Rahmen der geteilten Mittelverwaltung zu unterstützen***; erinnert daran, dass die Aufbau- und Resilienzfazilität im sehr spezifischen Kontext der COVID-19-Pandemie vereinbart wurde ***und daher nicht pauschal für künftige Investitionsprogramme übernommen werden kann***;	74. betont, dass die Aufbau- und Resilienzfazilität ***wertvolle Erkenntnisse über die Nutzung öffentlicher Investitionen bietet***; erinnert jedoch daran, dass die Aufbau- und Resilienzfazilität ***als befristetes Instrument*** im sehr spezifischen Kontext der COVID-19-Pandemie vereinbart wurde***; stellt fest, dass es im Rahmen der Aufbau- und Resilienzfazilität bis zu einem gewissen Grad nicht gelungen ist, Investitionen in gemeinsame europäische Projekte zu finanzieren***;

Änderungsantrag 88

Entschließungsantrag
Ziffer 75

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
75. ***weist darauf hin, dass bei jeder Anwendung eines Umsetzungsmodells nach dem Vorbild der Aufbau- und Resilienzfazilität im nächsten MFR*** die grundlegenden Mängel der Aufbau- und Resilienzfazilität behoben werden müssten, ***indem*** die regionalen und lokalen	75. ***nimmt*** die grundlegenden Mängel der Aufbau- und Resilienzfazilität ***zur Kenntnis***, ***z. B.*** die ***fehlende Einbeziehung der*** regionalen und lokalen Gebietskörperschaften von der Konzeption bis zur Umsetzung im Rahmen eines ortsbezogenen und Multi-Level-

Gebietskörperschaften von der Konzeption bis zur Umsetzung im Rahmen eines ortsbezogenen und Multi-Level-Governance-Ansatzes einbezogen werden, die grenzüberschreitende Dimension von Investitionsprojekten sichergestellt wird, der Schwerpunkt auf Ergebnisse und Wirkung statt auf Outputs gelegt wird, vollständige Transparenz in Bezug auf die Endempfänger von Unionsausgaben gewährleistet wird und die Rolle des Parlaments als Gesetzgeber, Haushalts- und Entlastungsbehörde sowie die Rechenschaftspflicht der Exekutive gewahrt wird;	Governance-Ansatzes, die ***fehlende Sicherstellung der grenzüberschreitenden*** Dimension von Investitionsprojekten ***mit positiven Spillover-Effekten und einem starken europäischen Mehrwert, die fehlende Entwicklung einer klaren Methodik für Zwischenzielen, Zielvorgaben und Outputs, die fehlende Fokussierung auf*** Ergebnisse und Wirkung statt auf Outputs, ***die fehlende Durchführung von Folgenabschätzungen der Reformen und Investitionen im Rahmen dieser Fonds, das Versäumnis, für einen einzigen Prüfpfad zu sorgen, die Ermangelung einer gemeinsamen Begriffsklärung und das Versäumnis, eine*** vollständige Transparenz in Bezug auf die Endempfänger von Unionsausgaben ***zu gewährleisten*** und die Rolle des Parlaments als Gesetzgeber, Haushalts- und Entlastungsbehörde sowie die Rechenschaftspflicht der Exekutive zu wahren; ***stellt fest, dass eine hohe Eigenverantwortung der nationalen und regionalen Behörden von wesentlicher Bedeutung ist, wenn es darum geht, die erfolgreiche Inanspruchnahme von EU-Mitteln sicherzustellen;***

Änderungsantrag 89

Entschließungsantrag
Ziffer 75 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	75a. weist darauf hin, dass diese Mittel nur durch eine rasche, transparente und wirksame Umsetzung der Aufbau- und Resilienzfazilität durch die Mitgliedstaaten sowie die Erreichung der Etappenziele und Ziele innerhalb der vereinbarten Fristen die versprochenen und erwarteten Auswirkungen auf das BIP der Union und jedes ihrer Mitgliedstaaten haben werden; betont, dass ihr Erfolg davon abhängen wird, dass diese Mittel rasch und wirksam in der Realwirtschaft, in den produktiven

Wirtschaftszweigen und in den Unternehmen eingesetzt werden;

Änderungsantrag 90

Entschließungsantrag
Ziffer 75 b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	75b. fordert einen reaktionsfähigeren Haushalt mit verbesserten Rückkopplungsmechanismen zwischen Leistungsinformationen und Programmgestaltung oder -anpassung dank besserer Messungen und Datenverfügbarkeit; betont, dass bewährte Verfahren zwischen den einzelnen Programmen und Mitgliedstaaten besser verbreitet werden müssen; besteht darauf, dass ein effektiverer Haushalt umfassende Folgenabschätzungen erfordert, die mehrere Programme übergreifen;

Änderungsantrag 91

Entschließungsantrag
Ziffer 77 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	77a. stellt mit Besorgnis fest, dass länderspezifische Empfehlungen (LSE) im Laufe der Zeit in der Wirtschafts- und Haushaltsarchitektur der Union an Bedeutung gewonnen haben, und dass Mechanismen im Zusammenhang mit LSE oder ein größerer Ermessensspielraum der Kommission in dieser Hinsicht mit einer größeren demokratischen Rechenschaftspflicht einhergehen sollten;

Änderungsantrag 92

Entschließungsantrag

Ziffer 78

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
78. ***betont***, dass aus dem Unionshaushalt bisher nur die Zinsen im Zusammenhang mit dem NGEU zurückgezahlt werden müssen und dass ab dem Jahr 2028 auch das Kapital aus dem Haushalt ***zurückgezahlt*** werden muss; hebt hervor, dass sich die Gesamtkosten für Zins- und Tilgungszahlungen des NGEU ab dem Jahr 2028 voraussichtlich auf etwa 20-30 Mrd. EUR pro Jahr belaufen werden;	78. ***stellt fest***, dass aus dem Unionshaushalt bisher nur die Zinsen im Zusammenhang mit dem NGEU zurückgezahlt werden müssen und dass ab dem Jahr 2028 auch ***die Tilgung*** aus dem Haushalt begonnen werden muss; hebt hervor, dass sich die Gesamtkosten für Zins- und Tilgungszahlungen des NGEU ab dem Jahr 2028 voraussichtlich auf etwa 20-30 Mrd. EUR pro Jahr belaufen werden; ***fordert die Kommission auf, einen Plan für einen wirksamen Ansatz für die Endphase des NGEU-Programms vorzulegen, der einen wirksamen Einsatz der Mittel, eine solide Kontrolle der Umsetzung und mehr Transparenz in Bezug auf die Endbegünstigten gewährleistet; stellt fest, dass die höhere Schuldenlast den Unionshaushalt anfälliger gegenüber Zinserhöhungen macht und dass dies zu einer geringeren Fähigkeit führen kann, auf künftige Herausforderungen zu reagieren; ersucht die Kommission, Möglichkeiten zur Verringerung der Gesamtschuldenlast zu prüfen;***

Änderungsantrag 93

Entschließungsantrag
Ziffer 82

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
82. hebt hervor, dass, wie oben beschrieben, der Bedarf an Haushaltsmitteln für die Zeit nach 2027 wesentlich höher sein wird als die im MFR 2021-2027 vorgesehenen Mittel; weist mit Nachdruck darauf hin, dass die Union nur dann in der Lage sein wird, die großen Herausforderungen, vor denen sie steht, zu bewältigen und ihre politischen Ziele zu verwirklichen, wenn der nächste MFR mit den erforderlichen Mitteln	82. hebt hervor, dass, wie oben beschrieben, der Bedarf an Haushaltsmitteln für die Zeit nach 2027 wesentlich höher sein wird als die im MFR 2021-2027 vorgesehenen Mittel; weist mit Nachdruck darauf hin, dass die Union nur dann in der Lage sein wird, die großen Herausforderungen, vor denen sie steht, zu bewältigen und ihre politischen Ziele zu verwirklichen, wenn der nächste MFR mit den erforderlichen Mitteln

ausgestattet wird, um ***den wachsenden Bedarf an Haushaltsmitteln zu decken***;	ausgestattet wird, um ***die Herausforderungen der Union zu bewältigen; hebt hervor, dass es einer gründlichen Bewertung der Ausgaben und eines gesunden Haushaltsgleichgewichts bedarf; weist auf die spezifischen regionalen Herausforderungen in den Bereichen Wirtschaft, Soziales und Sicherheit hin, die im künftigen MFR berücksichtigt werden müssen; betont, dass innerhalb der EU für sozioökonomische Aufwärtskonvergenz gesorgt werden muss***;

Änderungsantrag 94

Entschließungsantrag
Ziffer 83

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
83. ist der Auffassung, dass alle Instrumente und Möglichkeiten geprüft werden sollten, um der Union diese Mittel entsprechend ihren Prioritäten und dem festgestellten Bedarf zur Verfügung zu stellen;	83. ist der Auffassung, dass alle Instrumente und Möglichkeiten geprüft werden sollten, um der Union diese Mittel entsprechend ihren Prioritäten und dem festgestellten Bedarf zur Verfügung zu stellen; ***betont, dass die EU in dieser Angelegenheit neue Eigenmittel mobilisieren muss, nachdem sie eine Folgenabschätzung durchgeführt hat;***

Änderungsantrag 95

Entschließungsantrag
Ziffer 84 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	84a. betont, dass im nächsten MFR eine angemessene Finanzierung sichergestellt werden muss; betont, dass die Einführung – nach einer sorgfältigen Folgenabschätzung – neuer Eigenmittel, die die Kriterien der Einfachheit, Transparenz, Vorhersehbarkeit und Fairness erfüllen, um einen fairen und ausgewogenen Ansatz für alle

Mitgliedstaaten sicherzustellen, ein wesentliches Mittel zur Finanzierung der EU-Prioritäten darstellt; ist daher der Ansicht, dass die Koordinierung in Steuer- und Abgabenfragen auch auf der Ebene der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung verbessert werden muss; stellt fest, dass eine gerechte und verhältnismäßige Aufteilung zwischen den nationalen Beiträgen und den EU-Ausgaben für Politikbereiche im Zusammenhang mit europäischen öffentlichen Gütern erforderlich ist;

Änderungsantrag 96

Entschließungsantrag
Ziffer 85

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
85. erinnert daran, dass es den geänderten Vorschlag der Kommission zum Eigenmittelsystem unterstützt; fordert den Rat auf, diesen Vorschlag dringend anzunehmen; weist ferner darauf hin, dass zusätzliche innovative und tatsächlich neue Eigenmittelquellen erschlossen werden müssen, um den höheren Ausgabenbedarf zu decken;	85. erinnert daran, dass es den geänderten Vorschlag der Kommission zum Eigenmittelsystem unterstützt; ***bekräftigt, dass die Aussicht auf neue Eigenmittel eine Voraussetzung für die Einigung über NextGenerationEU war, und weist darauf hin, dass das Fehlen neuer Eigenmittel den Haushalt der Union angesichts der Refinanzierungsverpflichtungen im Rahmen von NextGenerationEU erheblich belasten wird; bekräftigt, dass eine sorgfältige Bewertung im Voraus erforderlich ist, um einen fairen und ausgewogenen Ansatz sicherzustellen;*** fordert den Rat auf, diesen Vorschlag dringend anzunehmen; weist ferner darauf hin, dass ***nach einer Folgenabschätzung*** zusätzliche innovative und tatsächlich neue Eigenmittelquellen erschlossen werden müssen, um den höheren Ausgabenbedarf zu decken; ***fordert die Mitgliedstaaten und die Kommission auf, die Mehrwertsteuer-Gesamteinnahmen durch die Bekämpfung von Betrug, die Steigerung der Effizienz, die Förderung des Wirtschaftswachstums und die Förderung***

	der Digitalisierung zu erhöhen und gleichzeitig sicherzustellen, dass Änderungen der Mehrwertsteuersätze oder Mehrwertsteuerbefreiungen Mitgliedstaaten mit besonderen geografischen Einschränkungen nicht unverhältnismäßig stark beeinträchtigen; fordert den Rat auf, sicherzustellen, dass jegliche Erhöhung des Mehrwertsteuerbeitrags über den derzeitigen Satz von 0,3 % hinaus proportional zum BIP bleibt und geografische Einschränkungen berücksichtigt werden, um die Fairness für isolierte oder geografisch benachteiligte Mitgliedstaaten zu wahren;

Änderungsantrag 97

Entschließungsantrag
Ziffer 86 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	86a. weist auf die anhaltende Unsicherheit in Bezug auf die Rückzahlung der NGEU-Fremdkapitalkosten hin, da kein Tilgungsplan vereinbart wurde;

Änderungsantrag 98

Entschließungsantrag
Ziffer 91

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
91. erwartet von der Kommission, dass sie im Rahmen des Pakets mit den Vorschlägen zum MFR eine neue IIV vorlegt, die den Realitäten des neuen Haushalts entspricht, einschließlich des Managements von Eventualverbindlichkeiten;	91. erwartet von der Kommission, dass sie im Rahmen des Pakets mit den Vorschlägen zum MFR eine neue IIV vorlegt, die den Realitäten des neuen Haushalts entspricht, einschließlich des Managements von Eventualverbindlichkeiten ***und einschließlich der durchgängigen Berücksichtigung von Wettbewerbsfähigkeit, KMU und***

Verteidigung;

Änderungsantrag 99

Entschließungsantrag
Ziffer 91 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	91a. betont, dass die parlamentarische Kontrolle der Ausführung des Haushalts der Union im Rahmen des MFR im Einklang mit den sektoralen Rechtsvorschriften von großer Bedeutung ist;

ANLAGE: EINRICHTUNGEN ODER PERSONEN, VON DENEN DER VERFASSER DER STELLUNGNAHME BEITRÄGE ERHALTEN HAT

Gemäß Anlage I Artikel 8 der Geschäftsordnung erklärt der Verfasser der Stellungnahme, dass er bei der Vorbereitung des Entwurfs einer Stellungnahme Beiträge von folgenden Einrichtungen oder Personen erhalten hat:

Einrichtung und/oder Person
European Commission - DG BUDG
European Commission - Secretariat General
Institut Jacques Delors
European Commission - DG ECFIN
European Commission - Secretariat General REFORM
ECA
EIB
Climate Strategy

Die vorstehende Liste wird unter der ausschließlichen Verantwortung des Verfassers der Stellungnahme erstellt.

Wenn natürliche Personen in der Liste namentlich, mit ihrer Funktion oder mit beidem genannt werden, erklärt der Verfasser der Stellungnahme, dass er den betroffenen natürlichen Personen die Erklärung zum Datenschutz Nr. 484 des Europäischen Parlaments (https://www.europarl.europa.eu/data-protect/index.do) vorgelegt hat, in der die Bedingungen für die Verarbeitung ihrer personenbezogenen Daten und die mit dieser Verarbeitung verbundenen Rechte dargelegt sind.

ANGABEN ZUR ANNAHME IM MITBERATENDEN AUSSCHUSS

Datum der Annahme	31.3.2025
Ergebnis der Schlussabstimmung	+ : 37 - : 10 0 : 1
Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Mitglieder	Georgios Aftias, Rasmus Andresen, Francisco Assis, René Aust, Stefan Berger, Damian Boeselager, Gilles Boyer, Giovanni Crosetto, Fabio De Masi, Engin Eroglu, Marco Falcone, Markus Ferber, Jonás Fernández, Claire Fita, Dirk Gotink, Enikő Győri, Michalis Hadjipantela, Eero Heinäluoma, Billy Kelleher, Tomáš Kubín, Aurore Lalucq, Rada Laykova, Siegfried Mureşan, Fernando Navarrete Rojas, Denis Nesci, Luděk Niedermayer, Ľudovít Ódor, Nikos Papandreou, Gaetano Pedullà, Kira Marie Peter-Hansen, Pierre Pimpie, Friedrich Pürner, Evelyn Regner, René Repasi, Jussi Saramo, Paulius Saudargas, Marie Toussaint, Anouk Van Brug, Lara Wolters, Roberts Zīle
Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Stellvertreter	Paolo Borchia, Regina Doherty, Gerben-Jan Gerbrandy, Antonio López-Istúriz White, Angelika Winzig
Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Mitglieder gemäß Art. 216 Abs. 7 der Geschäftsordnung	Reinis Pozņaks, Sebastiaan Stöteler, Roberto Vannacci

NAMENTLICHE SCHLUSSABSTIMMUNG DURCH MITBERATENDEN AUSSCHUSS

37	**+**
ECR	Crosetto Giovanni, Nesci Denis, Poznaks Reinis, Zile Roberts
PPE	Aftias Georgios, Berger Stefan, Doherty Regina, Falcone Marco, Ferber Markus, Gotink Dirk, Hadjipantela Michalis, López-Istúriz White Antonio, Muresan Siegfried, Navarrete Rojas Fernando, Niedermayer Ludek, Saudargas Paulius, Winzig Angelika
Renew	Boyer Gilles, Eroglu Engin, Gerbrandy Gerben-Jan, Kelleher Billy, Ódor Ludovít, Van Brug Anouk
S&D	Assis Francisco, Fernández Jonás, Fita Claire, Heinäluoma Eero, Lalucq Aurore, Papandreou Nikos, Regner Evelyn, Repasi René, Wolters Lara
The Left	Saramo Jussi
Verts/ALE	Andresen Rasmus, Boeselager Damian, Peter-Hansen Kira Marie, Toussaint Marie

10	**-**
ESN	Aust René, Laykova Rada
NI	De Masi Fabio, Pürner Friedrich
PfE	Borchia Paolo, Gyori Eniko, Kubín Tomás, Pimpie Pierre, Stöteler Sebastiaan, Vannacci Roberto

1	**0**
The Left	Pedullà Gaetano

Erklärung der benutzten Zeichen:
+ : dafür
- : dagegen
0 : Enthaltung